Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger vierteljährlich M. 4.50, monatlich M. 1.60 durch die Post bezogen desgl. und 30 Pf. monatl. Bestellgeld; bei Abholung v. d. Exped. M. 4.50 bezw. M. 1.50. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheint 6 mal wöchentlich. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 500. Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Anzeigenpreis für den 6gespaltenen Millimeter-Grundzeile 35 Pf. Die Zeile für die laufende Bezugszeit (Fürstentum bezw. Planeig) wird nach Gleichlaut auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile, die Millimeter-Grundzeile 40 Pf. — Anzeigenschluß 11 Uhr vorm., für umfangreiche Anzeigen 7 Uhr abds. d. vorhergehenden Tages

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 238. | Mittwoch, den 22. Oktober 1919. | 159. Jahrgang.

Tageschronik

Auch die zweite deutsche Antwort auf die Baltikum-Note wird von der Entente als ungenügend angesehen.

Es bestehen starke Zweifel, ob Judenitsch stark genug ist, die Bolschewisten entscheidend zu schlagen.

Lloyd George erklärt, daß England und Frankreich in der Türkei an der Grenze ihrer Kraft angelangt und auf amerikanische Hilfe angewiesen sind.

Ein Vorschlag der „Liberte", die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich als Geiseln zurückzubehalten, erfährt schroffe Zurückweisung.

Im besetzten Gebiet besteht eine ernsthafte Wirtschaftskrise infolge des Schmuggels und Schleichhandels.

In Lothringen hat sich die Streiklage durch terroristische Akte der Arbeiter verschärft. Ueber das Festungsgebiet von Metz wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

Die Kommunisten planen angeblich am 9. November einen großangelegten Putsch.

Oberbürgermeister Geßler-Nürnberg hat den Ruf als Wiederaufbauminister angenommen.

In Merlo sind neue Kämpfe entbrannt.

Der Kampf gegen den Bolschewismus.

Ist Judenitsch stark genug?

Offiziell wird mitgeteilt, daß die russische Nordwestarmee ihren Vormarsch auf Petersburg östlich von Krasnoje Sselo fortsetzt. Vor der rechten Flanke der Armee Judenitsch stehen bedeutende Truppenmassen der Roten. Trotz ihrer Fortschritte wird die Lage der Judenitsch-Armee in militärischen Kreisen vielfach skeptisch beurteilt, weil die Truppen zu schwach seien, um den Bolschewiki eine entscheidende Niederlage zuzufügen. Verdächtig sei die geringe Beute der weißen Armee, sowie die neuen Zusammenziehungen bolschewistischer Truppen. Uebrigens haben sich Teile der estnischen Truppen unter Hinweis auf das Friedensangebot der Bolschewisten geweigert, weiterzukämpfen. Andere estnische Truppen wurden an die lettische Front gesandt.

Ist Petersburg genommen?

Diese Frage ist immer noch nicht mit Sicherheit zu beantworten. Nach Mitteilung der Agentur Radio soll Sasonow am Sonntag im russischen Botschaftsgebäude ein Telegramm aus englischer Quelle erhalten haben, das offiziell die Besetzung Petersburgs durch die Truppen Judenitsch anzeigt, nachdem die Hauptstadt vorher von der roten Armee geräumt worden sei. Nach einem Funkspruch des Wiener Korr.-Büros aus Moskau vom 20. Oktober, 5 Uhr morgens, sind jedoch entgegen ausländischen Meldungen Kronstadt und Petersburg fest in der Hand der Sowjetregierung.

Die rote Fahne noch über Kronstadt.

Helsingfors, 20. Okt. (Reuter.) Heute morgen wehte noch die rote Fahne über Kronstadt. Die Batterien von Krosnaja Gorka haben die ganze Nacht hindurch gefeuert.

Exportvorbereitungen nach Petersburg?

Kopenhagen, 20. Okt. (Eig. Drahtbr.) In Finland werden große Vorbereitungen zum Export nach Petersburg getroffen, sobald sich die Nachricht von der Eroberung der Stadt bewahrheitet. Vor allem sollen Brennmaterial und Papier ausgeführt werden. Der Zarenrubel, der in voriger Woche nur 45 Pfennig wert war, steht nun 150, Kerenski-Rubel stieg von 20 auf 90.

* * *

Graf Goltz über die Lage im Baltikum.

Einem Mitarbeiter der „Berl. Börsenztg." erklärte Graf Goltz, der auf Befehl der Reichsregierung nach Berlin zurückgekehrt ist, über die baltischen Dinge u. a.:

„Ich hoffe, daß die Ententekommission an Ort und Stelle sich überzeugen wird, daß keine Truppen mehr bei Bermondt sind, die deutsche Reichsangehörige sind. Ich hoffe weiter, daß diese Kommission die Bedeutung von Bermondts Unternehmen einsehen und verstehen wird, daß er nichts anderes will, wie Denikin. Das politische Ziel des westrussischen Zentralrats, für das auch Bermondt eintritt, ist ein föderatives Groß-Rußland, ich glaube, genau gesagt: die Vereinigten Staaten von Rußland. Die noch reichsdeutschen Truppen sollen alle dem Räumungsbefehl; aber eine nicht unbeträchtliche Anzahl, wohl die reichliche Hälfte, ist aus dem Verbande ausgeschieden, sie sind russische Staatsbürger geworden. Schließlich wird auch die Entente einsehen, daß Deutschland sich nicht dagegen zur Wehr setzen kann, wenn eine Anzahl Deutsche Bürger eines anderen Landes werden wollen. Ebenso wird man eines Tages doch erkennen, daß es sich wirklich nicht um Verwirklichung imperialistischer Ziele von Deutschland aus handelt, sondern einfach um Privatwünsche der Mannschaften. Es ist nicht zu beschreiben, mit welcher Stärke der Siedlergedanke die Masse beherrscht."

Die zweite deutsche Antwort wieder ungenügend.

Eine Havasdepesche meldet, die deutsche Antwort sei am Sonnabend in Versailles eingegangen. Ihr Inhalt werde auch diesmal für nicht genügend angesehen.

Der Abtransport der deutschen Truppen.

Wie die Abendblätter berichten, beginnt nunmehr im Baltikum der Abtransport der früheren Frontruppen. Nachdem in den letzten Tagen schon die Etappentruppen abtransportiert waren, sind bereits Artillerieabteilungen und Radfahrerkompagnien in der Gegend von Schaulen eingetroffen und teils schon verladen, teils im Verladen begriffen. Der für den Abtransport der deutschen Truppen besonders in Betracht kommende Bahnhof Radziwilischki ist im Einvernehmen mit dem litauischen Oberkommando von deutschen Truppen besetzt worden.

Die Abschließung Bermondts.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Von unterrichteter Seite erfahre ich, daß die Armee des Obersten Bermondt im Baltikum höchst wahrscheinlich durch die Einstellung der Lieferung von Proviant und Munition gezwungen sein wird, sich aufzulösen. Es scheint sich zu bewahrheiten, daß Bermondt nicht länger imstande sein wird, die deutschen Formationen bei seinem Truppenverbande zu behalten, und daß er es versuchen wird, mit der Entente in eine engere Fühlungnahme zu treten. Bermondt hat sich kürzlich einem englischen Privatmann gegenüber geäußert, daß er seine Aktion gegen Riga einstellen werde, um einen Konflikt mit der Entente aus dem Wege zu gehen.

Eine englische Blamage.

Der englische Befehlshaber der Seestreitkräfte vor Riga hat am 16. Oktober drei Parlamentäre mit einem an den „Herrn General Bermondt, Befehlshaber der deutschen Truppen" adressierten Brief zur westrussischen Armee gesandt. Diese Parlamentäre sind jedoch zurückgesandt worden mit dem uneröffneten Briefe und dem Bescheid, daß es weder einen General Bermondt, noch einen Befehlshaber deutscher Truppen gebe.

„Die Grenzen unserer Kraft".

England und Frankreich auf Amerika angewiesen.

In einer Rede in Sheffield sagte Lloyd George, daß es unklug sein würde, zu demobilisieren, bevor der Friede mit der Türkei geschlossen sei. Dieser Friedensschluß verzögere sich aus dem Grunde, weil man noch nicht wisse, ob die Vereinigten Staaten sich an der Zivilisierungsarbeit außerhalb der Vereinigten Staaten beteiligen würden. Wir haben, sagte Lloyd George, die Amerikaner dringend ersucht, an dieser Aufgabe sich zu beteiligen. Andernfalls weiß ich nicht, was in der Türkei geschehen soll. Weder wir noch Frankreich können diese Arbeit allein bewältigen. Wir nähern uns der Grenze unserer Kraft, es wäre unklug, noch weiter zu gehen.

Das Schwinden des Ententeeinflusses in der Türkei.

Nach dem „Corriere della Sera" haben in der Türkei das rücksichtslose Requisitionssystem, die Ausschreitung der Kolonialtypen, nicht zuletzt Intrigen unter den Alliierten selbst den türkischen Groll gegen die Deutschen mehr als reichlich aufgewogen. Die größte Einbuße an Popularität habe Frankreich erlitten. Wie tief die Wurzeln des deutschen Einflusses gingen, zeige ein Vorgang bei einem Empfang in einem prinzlichen Hause, wo die mit dem Sultan verwandte Gastgeberin den aus hohen Alliierten bestehenden Gästen ins Gesicht erklärte: „Ich werde die Deutschen nach wie vor allen anderen Nationen vorziehen."

Lansing für „Splendid isolation".

Der Washingtoner Korrespondent der „Daily News" meldet, daß Staatssekretär Lansing die gesamte Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen hat. Wie verlautet, ist Lansing gegen alle auf die Besetzung der Türkei oder auf sonstige auf Hineinziehen der Vereinigten Staaten in die europäischen Verwicklungen gerichteten Pläne und für „Splendid isolation".

Das ist der Friede.

Ob die Nachricht zutrifft, daß die Entente im Hinblick auf die ungeklärte Lage im Baltikum den Friedensbeginn noch weiter hinausschleppen will, wissen wir nicht, aber möglich wäre es schon. Hätten unsere Feinde auch nur eine leise Regung des Wunsches empfunden, der Welt den Frieden wiederzugeben, den Frieden nicht bloß der völkerrechtlichen Form, sondern dem völkerversöhnenden Geiste nach, so schiene uns längst wieder die Friedenssonne. Aber eben weil sie vom wahren Friedensgeist auch nicht den leisesten Hauch verspüren, sondern immer nur daran gedacht haben, ihren Raub zu vermehren, ihn in Sicherheit zu bringen und das am Boden liegende Opfer ihrer Raubgier durch immer neue Dolchstöße und Keulenschläge daran zu hindern, daß es sich wieder erhebe und zu Kräften komme — darum haben sie der Wiederkehr des Friedens immer neue Hindernisse bereitet und ihn ins Endlose verzögert. Was käme es ihnen da noch auf einige Wochen mehr an? Doch denn sei wie immer: die drei alliierten Hauptmächte, deren Ratifikation des Friedensvertrages Vorbedingung für den Friedensbeginn ist, haben ratifiziert, und es fehlt jetzt nur noch — nach Art. 440 des Friedensvertrages — die Niederlegung der Ratifikationsurkunden in Paris und die Ausfertigung eines Protokolls über den Niederlegungsakt, um den Vertrag endgültig in Kraft zu setzen. Die Bevollmächtigten Englands und Italiens sollen bereits in Paris sein — und so kann am Ende jeden Tag der Frieden „ausbrechen".

Der Friede ausbrechen! Das war ein Wizwort, das während des Krieges geprägt wurde und das wohl entstanden war aus dem tiefen, wenn auch gänzlich utopischen Wunsche heraus, daß uns einmal nach so viel Angst und Plagen, nach Zittern und nach Zagen über Nacht der Friede beschert werden möchte. Ach, wie hat man diesem Frieden entgegengeharrt, welche Herrlichkeit hat man sich von ihm erträumt in dem felsenfesten Glauben an den endlichen Sieg unserer guten und gerechten Sache! Wie sollte uns die Sonne des Friedens die Bahn erleuchten, die uns hinaufführen würde auf die stolze Höhe des Ruhmes, der Ehre, des Reichtums und des Glückes! Und nun stehen wir wirklich vor dem Friedenstag. Aber es ist kein Völkermai, ach nein! Kein Völkermai, den deutsche Kraft der Welt beschert, wie es Gerhard Hauptmann in den Augusttagen des Jahres 1914 erhoffte, sondern es ist der trübe dunkle Winter des Mißvergnügens. Wahr wird das freche Wort Clemenceaus, wonach der Friede nichts anderes sein könne als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, und der Tag, da der Friede ausbricht, er bedeutet in Wahrheit nichts anderes als den Ausbruch eines neuen, endlosen, qualvollen Krieges, eines Krieges, in dem wir, da wir kraftlos am Boden liegen, nicht einmal mehr kämpfen können.

Das also ist der Friede, das der ersehnte Friedenstag! Hat es jemals eine grausamere Enttäuschung gegeben? Wir sind schon mitten drin in diesem — ja, wie soll man es nennen? — Friedenskrieg oder Kriegsfrieden, und mit Entsetzen sehen wir, daß er mit genau derselben Grausamkeit, mit genau denselben unmenschlichen Mitteln geführt werden soll, wie das gräßliche Ringen mit den Waffen, das wir nun hinter uns haben. Nicht bloß Rußland, sondern auch wir selbst werden mit neuen Hungerqualen bedroht, brutale Sperr- und Blockademaßnahmen werden über uns verhängt, wie die Ostseesperre, für die auch nicht der Schimmer des Schimmers von einer Berechtigung gegeben ist. Recht? Wer schert sich um das Recht in diesem Frieden, mit dem Herr Wilson die Welt beglückt hat? Wie ein Hauch von Hunderttausend Traktätchen, also troff dieser Menschheitsbeglücker in seinen Friedensvredigten von Salbung — aber Gift war es, nicht Honig, was ihm von den Lippen troff. Gift, das uns die Eingeweide verbrennt, das mit uns die ganze Welt verderben wird, wenn es ihr nicht am Ende doch noch gelingt, ein Gegengift zu finden. Das ist der Friede, der über uns kommen soll und dessen Kommen sich ankündigt, nicht wie holde Morgenröte, sondern wie blutiger Nordlichtschein.

Wo ist unser Glück? Draußen der grausame Feind, der uns beschimpft, peinigt, quält, der uns die Glieder stückweise abhackt und uns blutige Fetzen Fleisches aus dem Leibe reißt. Und im Innern Jammer, Not, Parteihaß, blinde Rasseier zuchtloser Pöbelmassen, die sich nicht scheuen, Millionen Volksgenossen dem Elend preisgegeben, nur um ein Mehr an Lohn der bereits gänzlich ausgehöhlten Allgemeinheit abzuzwacken. Wenn die Entente den Termin des Friedensausbruchs so weit hinausgezögert, daß er zusammenfiele mit dem Tage des Revolutionsausbruches — das wäre ein Witz! Ein blutiger, ein grausamer Witz, aber ein Witz, wie er treffender niemals gemacht worden wäre. Denn sie gehören zusammen, diese Revolution und dieser Friede! Sie bedingen einander, sie sind einander wert. Und darum eignet sich kein Tag besser zur Friedensleichenfeier wie der Jahrestag der Revolution. Der Friede, der nun über uns kommen soll, das ist der Friede, den sie uns bereitet hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191022-13/fragment/page=0001

Die schwierige Wirtschaftslage in Amerika.

„Daily News" wird aus Washington gemeldet, daß die durch die Krise auf dem Industriekonkongreß geschaffene wirtschaftliche Lage die schwierigste sei in der bisherigen Geschichte der Vereinigten Staaten. Am Freitag befanden sich 750 000 Arbeiter im Ausstand.

Neue Anklagen gegen Wilson.

Senator Fall hat anläßlich des Entschlusses Wilsons, Truppen nach Oberschlesien zu entsenden, laut „Echo de Paris" erklärt, eine derartige Maßnahme müsse es dahinbringen, daß der Präsident in den Anklagezustand versetzt werde. Senator Walsh aus Montana habe im Senat eine Resolution eingebracht, die irländische Frage bei der ersten Tagung des Rates oder bei der ersten Vollsitzung des Völkerbundes zur Sprache zu bringen.

Unsere Kriegsgefangenen als französische Geiseln?

Die „Deutsche Allg. Ztg." weist die Ansicht der „Liberté", daß die in französischer Gefangenschaft befindlichen deutschen Soldaten als Geiseln für Innehaltung der Friedensbedingungen durch Deutschland zurückgehalten werden müßten, als eine unglaubliche Gefühlsroheit scharf zurück. Zur Beruhigung der Angehörigen unserer armen gefangenen Brüder betont sie nachdrücklichst, daß die französische Regierung sich durch eine offizielle Note verpflichtet hat, die Gefangenen sofort nach der Ratifizierung zu entlassen und diese feierliche Zusage unmöglich brechen kann.

Die Wirtschaftskrisis im besetzten Gebiet.

Zu einer Besprechung der ernsten wirtschaftlichen Lage hatte der Reichskommissar für das besetzte Gebiet die Vertreter der einzelnen Bevölkerungskreise in Koblenz zusammenberufen. In der Aussprache wurde festgestellt, daß das besetzte Gebiete aus eigener Ernte den Getreidebedarf für 7 bis 8 Monate zwar decken könnten, daß aber die Landwirtschaft sich weigere, ihre Ablieferungspflicht zu erfüllen und das Getreide an den Schleichhandel zu Riesenpreisen abgebe. Infolge des Schmuggels von Getreide über die Westgrenze entstehe die Gefahr, daß das besetzte Gebiet in absehbarer Zeit ohne jeden Vorrat an Brotgetreide dastehe. Aehnlich stehe es mit der Fleisch- und Fettversorgung. Als ein Mittel, die mit Sicherheit zu erwartende Kohlenkatastrophe zu vermeiden, wurde von allen Sachverständigen die Rückführung eines Teiles der in Frankreich unbenutzt stehenden Lokomotiven gefordert. Zum Zwecke der Einleitung praktischer Maßnahmen zur Minderung der Notlage und gegen das Schieber- und Wucherunwesen werden für die einzelnen Gebiete Sonderkommissionen eingesetzt.

Oberst Pinaud abberufen.

Die schon lange angekündigte Abberufung des berüchtigten französischen Militärverwalters in Wiesbaden Obersten Pinaud ist am 17. Oktober Tatsache geworden. Aus der Begrüßungsansprache seines Nachfolgers Jacquard sei der Satz hervorgehoben: „Durch die Ratifizierung des Friedensvertrages hat sich die Lage des besetzten Gebietes in günstigem Sinne wesentlich verändert." Hoffentlich findet sich diese Ankündigung recht bald durch die Tatsachen bestätigt. Oberst Pinaud hatte den Wiesbadenern durch sein Regiment der Brutalität und der Intrigen die Zusammenarbeit schwer gemacht.

Französische Mohrenwäsche.

Auf die deutschen Beschwerden über die Uebergriffe der französischen Kolonialtruppen hin haben die Franzosen in der Pfalz einfach verboten, einen Unterschied zwischen Weißen und Schwarzen zu machen. Das französische Militärkommando in Speier gibt nämlich bekannt, daß die Bezeichnung „Neger" oder „Schwarzer" von den schwarzen Besatzungstruppen als Beleidigung empfunden wird und fordert, die Bevölkerung möge diese Ausdrücke nicht gebrauchen, insbesondere die Jugend entsprechend anweisen. Ob dadurch die französischen Mohren gebessert werden? Der französische Militärverwalter macht ferner bekannt, daß sich zahlreiche junge Deutsche im besetzten Gebiet, entgegen den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages, in das deutsche Heer aufnehmen ließen. In Zukunft würden die Betroffenen und ihre Familien auf keine persönlichen Vergünstigungen, um die sie etwa nachsuchten, mehr rechnen können.

* * *

Deutsch-Südtiroler bei Nitti.

Rom, 20. Okt. Ministerpräsident Nitti empfing eine Abordnung der Deutschen Südtirols, die sich prinzipiell gegen die Annexion verwahren, jedoch bereit erklären, zusammen mit den italienischen Behörden an der ruhigen Entwicklung des Landes zu arbeiten. Die Abordnung äußerte auch den Wunsch nach umfassender administrativer Autonomie. Nitti erklärte, die Regierung werde sämtlichen Wünschen möglichst entgegenkommen.

Die Kämpfe in Mexiko.

Nach dem Schutzverband deutscher Auswanderer in Hamburg zugegangenen Nachrichten ist der Bandenkrieg in ganz Mexiko wieder in vollem Gange. Die Rebellen Villas bedrohen Vera Cruz und den Eisenbahnverkehr sehr stark. Villa hat nach seiner Schlappe bei Ville Ahumada und St. Andes allem Anschein nach mit amerikanischer Hilfe eine durchgreifende Reorganisation seiner Banden vorgenommen. Neuerdings taucht er im Gebiete von Durango auf, in demselben Gebiet, das von verschiedenen Berliner Siedlungsgesellschaften als Siedlungsgebiet für Deutsche ausersehen ist, und versucht, mit starken Kräften die Stadt zu überfallen. Die Regierungstruppen behaupten sich jedoch, und die Banden Villas wurden derart geschlagen, daß sie nach Norden fliehen mußten.

Kommunistische Putsche am 9. November?

Die „Deutsche Allg. Ztg." meldet: Seit einigen Tagen macht sich unter den Kommunisten und Unabhängigen in Danzig eine starke Gärung bemerkbar. In einer Protestversammlung am Sonntag, an der 5000 Personen, darunter auch Königsberger Kommunisten, teilnahmen, wurde u. a. die Aufhebung des kleinen Belagerungszustandes gefordert. Bemerkenswert war, daß der Redner der Kommunisten für den 9. November einen groß angelegten Putsch offen ankündigte. Die vorjährige Revolution habe dem Proletariat die Freiheit nicht gebracht, in diesem Jahr solle am 9. November ganze Arbeit gemacht werden.

Protest der Eisenbahnbeamten gegen den Frankfurter Terror.

Der Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten richtete an die Reichsregierung unter dem 17. Oktober folgende Erklärung: Die Eisenbahnbeamtenschaft erhebt schärfsten Widerspruch gegen das terroristische Verhalten derjenigen Arbeiter, welche am 13. Oktober mit Gewalttätigkeiten gegen Beamte der Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. vorgegangen sind. Sie fordern ebenfalls schleunige Desorganisierung der Verwaltung, aber auf dem Wege der Verhandlung und Verständigung. Sie mißbilligt alle Gewaltakte und verlangt Maßnahmen zum Schutze der Beamten bei Ausübung des Dienstes.

Zum Braunschweiger Gefängnisüberfall.

In Zusammenhang mit dem gestern gemeldeten Ueberfall auf das Braunschweiger Kreisgefängnis beklagen die Braunschweiger Zeitungen das in diesem Falle wieder festzustellende Versagen der Polizei, die seit November vorigen Jahres unter der Direktion eines Führers der Unabhängigen, des Schlossers Tappe, steht. Die öffentliche Meinung erwartet die Entfernung dieses Mannes von seinem Posten.

Gasthofangestelltenstreik.

Essen, 20. Okt. (Eig. Drahtber.) Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet traten sämtliche Gasthof- und Wirtschaftsangestellten in den Ausstand, weil die Arbeitgeber den Tarifvertrag gekündigt haben.

Verschärfung der Streiklage in Lothringen.

Metz, 20. Okt. Die Streiklage in Lothringen hat sich noch mehr verschärft. Die Streikenden haben in Hagenbingen, Bissmville und Rombach gewaltsam alle Oefen ausgeblasen, wodurch außerordentlicher Schaden entstanden ist. Die Straßenbahner, Eisenbahner und Gas- und Elektrizitätsarbeiter verharren im weiteren Ausstande, so daß der Militärgouverneur von Metz erneut den verschärften Belagerungszustand über das Feuerbecken gebiet verhängte. Mehrere französische Regimenter, darunter technische Truppen, sind im Lothringer Industriegebiet eingetroffen, um die lebenswichtigen Betriebe in Tätigkeit zu erhalten.

Ein Führer der französischen Syndikalisten ermordet.

Der Genfer Vertreter der „Zür. Ztg." drahtet: Am Freitag abend wurde der Sekretär der syndikalistischen Eisenbahner von Marseille, Faure, durch Revolverschüsse auf dem Heimwege ermordet.

Ausdehnung des Streiks im belgischen Besatzungsgebiet.

Der gegen die belgischen Uebergriffe gerichtete Streik auf dem linken Rheinufer hat sich auf Krefeld und Uerdingen ausgedehnt.

Der drohende Kohlenarbeiterstreik in Amerika.

Amsterdam, 20. Okt. „Times" melden aus Washington zum drohenden Kohlenarbeiterstreik, daß die Bergwerksbesitzer mit den Arbeitern nicht verhandeln wollen, bevor diese den Streikbeschluß zurücknehmen und sich an das bisherige Abkommen halten, bis ein neues Abkommen getroffen ist. Die Bergwerksbesitzer verlangen außerdem, daß der achtstündige Arbeitstag und die sechstägige Arbeitswoche aufrecht erhalten bleiben. Die Arbeiter verlangen statt dessen den sechsstündigen Arbeitstag und die fünftägige Arbeitswoche, dazu eine Lohnerhöhung von 60 Prozent.

Graf Czernin über Kaiser Wilhelm.

In seinen von der „Voss. Ztg." veröffentlichten Erinnerungen (siehe auch unter „Politische Rundschau" in der Beilage) schreibt Graf Czernin weiter über Wilhelm II.:

„In den Jahren 1917 und 1918, in denen ich namentlich mit Kaiser Wilhelm zu tun hatte, war seine Scheu vor unangenehmen Erörterungen so stark, daß es oft die größten Schwierigkeiten machte, das Notwendige an den Mann zu bringen." Als Beispiel führt Graf Czernin ein Erlebnis auf seiner zweitstündigen Bahnfahrt mit Wilhelm II. an und sagt über dieses: „Er lud mich in den Speisewagen zum Frühstück ein. Dort saßen wir in Gesellschaft von ungefähr zehn Herren, so daß keine Möglichkeit war, eine sachliche Konversation zu beginnen. Ich mußte ihn mehrmals, und das letzte Mal sehr ausdrücklich ersuchen, mir einen privaten Vortrag zu ermöglichen, bis er endlich aufstand, aber noch einen Herrn des Auswärtigen Amtes zu der Unterredung beizog, um bei denselben Schutz gegen erwartete Vorstöße zu finden."

Vom Hofe Wilhelms II. sagt Czernin: „Ich habe immer gefunden, daß die Servilsten nicht die am Hofe Lebenden waren, sondern die Generale, Admirale, Professoren, Beamten, Volksvertreter und Gelehrten, die den Kaiser seltener sahen. Speziell in der zweiten Hälfte des Krieges waren die maßgebenden Männer um Kaiser Wilhelm herum gewiß keine Byzantiner, vor allem Ludendorff nicht."

Zu dem Verhältnis Wilhelms II. zu England übergehend, schreibt Graf Czernin: „Ich habe immer den Eindruck gehabt, daß der Kaiser, der die geringe Sympathie, die er in England genoß, als störenden Mangel empfand, gern an der Themse beliebt gewesen wäre, und daß das Mißlingen dieses Bestrebens bei ihm einen gewissen Aerger auslöste. Er war sich natürlich vollkommen klar darüber, daß die Art und Weise, wie er persönlich in England eingeschätzt wurde, auf die englisch-deutschen Verhältnisse einwirken müßte. Sein Wunsch, gut beurteilt zu werden, entsprang daher nicht persönlicher Eitelkeit, sondern politischem Interesse. Die Einkreisungspolitik König Eduards begann ja erst, als er die meiner Ansicht nach unrichtige Ueberzeugung gewann, daß eine Verständigung mit Kaiser Wilhelm unmöglich sei."

Der Minister für Wiederaufbau gesunden.

Die „Leipz. N. N." melden: Oberbürgermeister Geßler-Nürnberg hat den Ruf als Wiederaufbauminister angenommen.

Ein Ausfuhrverbot.

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, soll demnächst von der Reichsregierung eine besondere Verordnung über das Verbot der Ausfuhr von Waffen und Munition aus Deutschland erlassen werden.

Frankfurt a. M. ohne Gas.

Frankfurt a. M., 20. Okt. Die Gaswerke haben am Sonntag wegen Ausbleibens der Kohlensendungen die Steinkohlengaserzeugung einstellen müssen. Es muß daher bis auf weiteres jede Gasabgabe an Industrie und Gewerbe unterbleiben. Ebenso dürfen Haushaltungen nur noch an fünf Stunden während des ganzen Tages Gas zum Kochen entnehmen.

Errichtung deutscher Bankkonten in England.

Wie die „Voss. Ztg." von zuständiger Stelle erfährt, können Reichsangehörige von heute ab ohne Gefahr der Beschlagnahme Bankkonten in England anlegen. Dies geschieht natürlich unbeschadet der aus dem Kriege erwachsenen Ansprüche.

Haases Zustand nicht unbedenklich.

Nachdem sich Abgeordneter Haase gestern einer neuen Operation unterziehen mußte, wird sein Zustand als nicht unbedenklich bezeichnet.

Aus Stadt und Umgebung

Was gibt es an Lebensmitteln?

Für die Zeit vom 27. Oktober bis 2. November gelangen auf den Haushalt für die Inhaber der Lebensmittelbelege 5900—7350 1 Dose Roßleberwurst zu 3,10 Mk. für die Inhaber der Belege 8301—9700 1 Dose Korned Beef zu 6,75 Mk. auf Bezugsschein 91 zur Ausgabe. Die Abgabe der Bezugsscheine hat am Mittwoch und Donnerstag zu erfolgen. Verkauf nächste Woche Donnerstag bis Sonnabend.

Erzberger und Deutschlands Zukunft.

Anstelle des im letzten Augenblick durch einen Krankheitsfall in der Familie verhinderten Rechtsanwalt Kempkes-Essen war gestern abend vom Parteitag der Deutschen Volkspartei in Leipzig ein anderer Parlamentarier, das Mitglied der Preußischen Landesversammlung Professor Moldenhauer-Köln, herübergeeilt, um vor einer recht stattlichen Zuhörerschar im großen „Tivoli-Saal" in nahezu zweistündigen Ausführungen zwar weniger über das angekündigte Thema „Erzberger" als über die großen politischen Fragen der Gegenwart und Zukunft in Karem, interessanten und fesselndem Vortrag im Auftrag der hiesigen Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei zu sprechen.

Nach Eröffnung der Versammlung durch Mittelschullehrer Brenner zeichnete Professor Moldenhauer zunächst mit flotten Strichen ein kleines Charakterbild des „Enthüllers" und „Reichsverderbers" Erzberger, das die unseren Lesern bekannten Züge trug. Beim Wiederaufbau des zertrümmerten Reiches, so fuhr der Redner dann etwa fort, steht nur die große Gruppe der von der Weltrevolution träumenden Unabhängigen abseits, eine Partei, die trotz des Nichteintreffens der Marxschen Prophezeihung von der einseitigen Entwickelung der Großkapitalismus, unter Ausschaltung aller kleinen und mittleren Betriebe, und der damit zusammenhängenden Verelendung des Proletariats sich an den Gedanken des sozialistischen Manifestes klammert, daß die Arbeiterschaft mit einem Schlage die Herrschaft an sich reißen müsse, und dies Ziel durch Generalstreik und Terror erreichen will. Die dabei mit aufgenommene Leninsche Theorie, selbst im Negativen, im Zerstörenden noch etwas Schaffendes zu sehen, hat unbeutsche, slawisch-asiatische Züge. Aber selbst Lenin kehrt jetzt, wo es ihm an den Kragen geht, wieder zu den Methoden des alten Systems, Akkordarbeit, Heeresdisziplin u. zur rücksichtslosesten Diktatur zurück. Kämen in Deutschland die Kommunisten und Spartakisten ans Ruder, so würde das wenige, was wir noch haben, vollkommen zerstört.

Erstes Erfordernis beim Wiederaufbau ist Ordnung und Sicherheit im Lande. Daß dabei die Sozialdemokratie mit viel schärferen Mitteln arbeiten muß als das alte Regime, ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte. Das alte pflichttreue preußisch-deutsche Beamtentum muß erhalten werden; auch hier gilt das Wort: freie Bahn dem Tüchtigen! Aber wenn man aus parteipolitischen Gründen irgendwelche Leute in Beamtenstellen hineinsetzt, so wird unser Beamtentum erschüttert, seine Arbeitsfreudigkeit gelähmt. Die Produktion durch Anspornung der Arbeitslust zu heben, ist weiter erforderlich. Der Staat darf nicht ebenso gut bezahlt werden, wie der Fleißige oder gar durch die heut übliche Art der Arbeitslosenunterstützung eine Prämie auf die Faulheit erhalten. Bezeichnenderweise sieht selbst der „Vorwärts" in der Akkordarbeit die letzte Rettung. Der Grundsatz, daß jeder nur in seinem Beruf arbeiten soll, kann heute nicht aufrecht erhalten werden. Bei der Ueberwindung der Streikseuche muß das gemeinsame Interesse, wie es durch die Bögelersche Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften angestrebt wird, in den Vordergrund gestellt werden. Die drohende Sozialisierung hemmt die Arbeitslust der Unternehmer. Ist nicht in einer Zeit de vollkommenen Bankrotts der Staatsbetriebe der Gedanke an Sozialisierung geradezu irrsinnig? Die kleineren und mittleren Betriebe müssen von der Fessel der Zwangswirtschaft befreit werden.

Im innigen Zusammenhang mit der Rohstoffrage steht die Valutafrage. Mangels eines Einfuhrverbotes werden wir durch das große Loch im Westen und ohne davon Zulieferungen zu haben, mit ausländischen Waren, die wir größtenteils nicht gebrauchen, überschwemmt. Dadurch wird natürlich der Markwert gedrückt. Und wenn wir nach der Ratifikation die Zollhoheit wieder erhalten, bleibt die unkontrollierbare Einfuhr durch die Besatzungstruppen. Moralische Eroberungen macht die Entente durch ihr hartes Regiment im Rheinland nicht, aber es ist tröstlich, daß es im Saargebiet und im Elsaß nicht anders ist. Weitere Gründe für den schlechten Stand unserer Valuta sind die Kapitalabwanderung ins Ausland und vor allem das geringe Vertrauen des Auslandes in den blutigen Dilettantismus des Reichsfinanzministers. Schon das Bekanntwerden des Notenumtauschplanes genügte, um unsere Valuta zu drücken. Als Erzberger endlich eine Sachverständigen-Konferenz zusammenrief, übte Reichsbankpräsident Havenstein an den Erzbergerschen Plan eine vernichtende Kritik. Da ließ Erzberger sich eine Wüstenkarte hereinreichen, schätzte eine eilige Besprechung vor und verschwand in die Schweiz, die deutsche Bankwelt brüskierend. Erst als die Sachverständigen ihr Gutachten zu veröffentlichen drohten, bequemte er sich zur Veröffentlichung der Zurücknahme des Planes. Aber Erzberger bleibt. Trotz der donnernden Philippika, die der Demokrat Dr. Friedberg seinerzeit in der Preußischen Landesversammlung gegen ihn losließ, sind die Demokraten mit ihm in ein gemeinsames Kabinett eingetreten. Redner kritisiert im einzelnen die Steuerpläne Erzbergers, insbesondere die Erbschaftssteuer, die nach den Worten des Sozialdemokraten Keil in der Nationalversammlung der Beginn der Sozialisierung des Besitzes ist, weiter das Reichsnotopfer, die Reichsumsatz- und Reichseinkommensteuer. Die bedenkliche Polizeerscheinung der an sich begrüßenswerten Steuerhoheit des Reiches ist die Einschränkung der Selbstverwaltung der Gemeinden, die auf den Reichsamtrich gesetzt werden. Auch mit der Souveränität der Bundesstaaten ist es zu Ende. Das früher mit der neuen Reichsverbundene Preußen hat jetzt mit ihm viele Reibungsflächen. Auf dem Wege zum Einheitsstaat sind wir, bei aller Liebe zu Preußen, bereit, dieses der Reichseinheit zu opfern. Aber es darf nicht zerschlagen werden, ehe die anderen Bundesstaaten ähnliche Wege gehen. Alle Loslösungsbestrebungen, besonders die Rheinische Republik, hinter der das ein einziges

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191022-13/fragment/page=0002

Reich, fürchtende Frankreich steht, verurteilen wir. Aber das Rheinland ist wirtschaftlich und im Herzen mit dem Reiche fest verbunden und wird immerdar deutsch bleiben. Es darf aber auch vom Reiche nicht vergessen werden. In diesem Zusammenhang machte Professor Moldenhauer bei einem kurzen Abstecher ins alliierte Lager u. a. die interessante Mitteilung, daß der Amerikaner im Rheinland den Deutschen höher achtet als den Franzosen, weil jener bahnt, dieser aber, wie der Amerikaner sagt, — stinkt.

Zum Wiederaufbau bedürfen wir aber auch innerer Erneuerung. Die „Errungenschaften" der Revolution, Gewinngier, Zügellosigkeit im Genuß, krasser Materialismus haben zum Zusammenbruch der Volksmoral geführt. Wir müssen uns, um wieder hoch zu kommen auf unser deutsches Wesen besinnen, zu dem von Männern wie Arndt, Stein und Fichte verkörperten Idealismus der Jahre von 1806 bis 1813 zurückkehren. Gegenüber der Unterwertung der Masse und der Zahl durch eine überlebte Demokratie müssen wir wieder das Goethe-Wort in den Vordergrund stellen „Höchstes Glück der Menschenkinder ist doch die Persönlichkeit." Dem Einzelnen muß durch Hinzuziehung in die Arbeitsgemeinschaft und Beteiligung am Ertrag der Arbeit die Freude an der Arbeit wiedergegeben werden. Als weitere Ziele der Volkswohlfahrt nannte der Redner eine großzügige Wohnungs-, Boden- und Schulreform. Aber nur durch Differenzierung unter gleichzeitiger Hebung des Arbeiters können wir unsere Kultur heben. Wenn wir uns auch über die Absicht der Entente keiner Täuschung hingeben dürfen, so stehen wir heute doch noch nicht am Ende der Entwicklung, große soziale Umwälzungen auch in den Ententeländern sind wahrscheinlich, und wer könnte heute schon sagen, daß die Zukunft sich nach dem Willen unserer Feinde gestalten wird? Darum müssen wir mit echt deutschem Optimismus und Glauben an die Zukunft gemeinsam an die Arbeit gehen. Denn kann uns keine Macht der Welt den Wiederaufbau unmöglich machen. Heute muß es heißen: „Abwarten und an sich glauben!"

Der lichtvolle Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Aussprache meldete sich auch ein Vertreter der Deutsch-Demokraten zu Wort, der sich im allgemeinen mit den Ausführungen des Redners einverstanden erklärte, aber die Schuld an dem Erscheinen und Verbleiben Erzbergers in der Regierung der Deutschen Volkspartei in die Schuhe zu schieben versuchte, indem sie das Eintreten in den Block von Bassermann bis Bebel mit Ausschaltung des Zentrums abgelehnt habe. Die verderbliche Politik Erzbergers billigten die Demokraten in keiner Weise, aber wenn man das Zentrum allein hätte wirtschaften lassen, wäre es noch schlimmer geworden. Es sei ihnen nicht möglich, zusammen mit der Rechten, die das Vertrauen des Volkes nicht besitze, eine Regierung zu bilden. Begrüßenswert sei, daß die Deutsche Volkspartei auf ihrem Parteitag sich unabhängig von den Deutschnationalen erklärt habe und mitarbeiten wolle. Zum Schluß stellte der Redner dann ganz im Gegensatz zu dem Vorhergesagten den gemeinsamen Kampf des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie als wichtigste Forderung des Tages hin.

In seinem Schlußwort wies Professor Moldenhauer auf die Widersprüche in den Ausführungen des demokratischen Redners hin. In dem großen geistigen Kampf der Zukunft gelte es ganz klar Stellung zu nehmen. Die Revolution hat die Notwendigkeit gezeigt, dem Sozialismus einen starken Damm entgegenzusetzen, wenn nicht der Staat Gefahr laufen soll. Deshalb muß verbindert werden, daß die Sozialdemokratie ans Ruder kommt. In diesem Aufmarsch hat uns die demokratische Partei nicht die notwendige Gefolgschaft geleistet. Ebenso häufig wie den bürgerlichen Parteien haben sie mit den Sozialdemokraten gestimmt. Hauptsächlich auch in solchen Dingen, bei denen Gefühlsmomente in Frage kamen. Und das ist der schwerste Vorwurf, den wir der Demokratischen Partei machen. Sie durfte im Augenblick der Revolution nicht das herunterreißen, was uns wert und teuer war, sie durfte nicht verlangen, daß wir in einer Nacht aus überzeugten Monarchisten zu Republikanern werden sollten. Ich hoffe, daß das monarchistische Gefühl so stark im Volke ist, daß es in seiner Gesamtheit zum Kaiserhaus zurückkehren wird. Schonen Sie unsere Ueberzeugung, dann werden wir uns zu der großen liberalen Partei zusammenfinden. Da wir nicht zusammengehen konnten, mußten wir den alten Liberalismus allein hochhalten. Sozialismus und Liberalismus sind unüberwindliche Gegensätze. Wir glauben, daß wir einen großen Teil des Bürgertums um uns gesammelt haben, der sonst zu den Deutschnationalen übergegangen wäre. Wir sind nicht in das Fahrwasser der Deutschnationalen geraten, sondern selbständig geblieben. Aber in der Abwehr der Sozialdemokratie und der Abwehr der Angriffe auf die Gefühlswerte finden wir in den Deutschnationalen Bundesgenossen. Daß wir mitarbeiten im Parlament, beweisen die Leisinnen Kreisen. Wir haben die Hoffnung, daß aus uns die große der sachverständigen und kenntnisreichen Männer in unseren liberale deutsche Bürgerpartei hervorachen wird.

Mittelschullehrer Brenner dankte dem Redner namens der Verammlung und der Partei mit herzlichen Worten und schloß hierauf die Versammlung kurz nach 10 Uhr.

Vom Zirkus Blumenfeld.

Infolge enormen Zuspruchs des Zirkus Blumenfeld in Weißenfels verbleibt derselbe noch bis Mittwoch dort und findet die erste Vorstellung in Merseburg am Freitag, den 4. Oktober, statt. Der Zirkus bleibt demgemäß nur 3 Tage in Merseburg. Am Sonnabend und Sonntag finden je 2 Vorstellungen statt. Am Sonnabend nachmittag 3½ Uhr Familien- und Kindervorstellung zu halben Eintrittspreisen für Kinder unter 12 Jahren.

Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.).

In der am Montag, den 20. d. M. im „Halben Mond" einberufenen Versammlung des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen des Kaufmännischen Vereins von 1858, des Deutschen Privatbeamten-Vereins und Deutschen Gruben- und Fabrikbeamten-Verbandes (D. A. B.) sowie des Vereins der Deutschen Kaufleute ist die Gründung des Ortsverbandes im Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.) beschlossen worden. Die Wahl des Vorstandes hat folgendes Resultat ergeben: 1. Vors. Schulz (Verband Deutscher Handlungsgehilfen); 2. Vors. Jobs (Kaufm. Verein von 1858); 1. Schriftf. Henselling (Verb. Deutscher Handlungsgehilfen); 2. Schriftf. Sommer (Verb. Deutscher Handlungsgehilfen); Rechnungsführer Hempel (Deutscher Privatbeamten-Verein); Beisitzer Bentz (Kaufmännischer Verein von 1858); Beisitzer Schmidt (Verb. Deutscher Handlungsgehilfen). Durch diese Verschmelzung der vorstehenden Verbände ist die sozialpolitische und gewerkschaftliche Arbeit im G. D. A. derart verankert, daß damit eine einheitliche und zielbewußte Standesvertretung gewährleistet ist. Versammlungen finden an jedem 2. Montag im Monat im „Halben Mond", Gotthardtstraße und an jedem 4. Montag im „Alten Dessauer", Dammstraße, statt.

Warnung vor falschen Fünfzigmarkscheinen.

Es scheinen wieder eine große Anzahl falsche Fünfzigmarkscheine im Umlauf zu sein. Auf der Post in Querfurt wurde gestern ein solcher gefunden. Auf der einen Seite fehlte die Nummer und bei dem Wort „Fünfzig" war beim „f" unten der runde Bogen nicht da. Vorsicht ist also am Platze.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Wahl zum Studentenausschuß.

Halle, 20. Okt. Bei den Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuß der Universität Halle, die vom 15.—17. d. M. stattfanden, erhielten die Deutsche Hochschulpartei Halle 45, der Verband Hallescher Korporationen 29, der Studentinnen-Verein 3 und die jüdische Verbindung „Albingia" 3 Sitze.

Verschiedenes.

Halle, 20. Okt. Der städtische Haushaltsausschuß bewilligte 72 000 Mk. für Notstandsarbeiten für hallische Künstler. Es soll ein Wettbewerb ausgeschrieben werden, in dem der Entwurf eines künstlerischen Bebauungsplanes für die Gebiete westlich der Saale mit einbezogen werden soll. — Zur Förderung der Volkshochschulkurse sind 10 000 Mk. ausgeworfen worden. — Der Kriegsbrotausschuß beschloß den Preis für das Vierpfundbrot von 1,18 auf 1,50 Mk. zu erhöhen. — Wegen Unterschlagung resp. widerrechtlichen Ankauf von Heeresgut wurden drei hiesige Kaufleute verhaftet. Sie hatten Kenntnis davon, daß die Ware von einem Diebstahl herrührte.

Neuwahl der unbesoldeten Stadträte.

Halle, 21. Okt. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung fand die Neuwahl der unbesoldeten Stadträte statt. Für die Liste der demokratischen Fraktion wurden 20 Stimmen und für die deutschnationale Fraktion 13 Stimmen abgegeben. Beide Listen waren verbunden. Es wurden gewählt die Demokraten Pfautsch und Uber (beide bisher Stadträte), die Stadtverordneten Georg und Balcke, von den Deutschnationalen Bergrat Siemens und Geheimrat Finger, von den Mehrheitssozialisten Krankenkassenangestellter Dölz mit 6 Stimmen und die Unabhängigen Stadtverordnete Albrecht, Gelhaar, Kilian, Osterburg und Neuwand mit 26 Stimmen.

Festnahme der Papiter Spielklubräuber.

Papitz, 21. Okt. Die Räuber, die vor einigen Tagen, wie gemeldet, im hiesigen Gasthof einen Leipziger Spielklub ausgeplündert haben, sind bereits von der Leipziger Kriminalpolizei in der Person von acht bisher noch nicht vorbestraften jungen Leuten aus Leipzig, von Beruf Handlungsgehilfen und Arbeiter, verhaftet worden. Da die Teilnehmer an dem Räuberstück sich vor der Tat tiefstes Stillschweigen geschworen hatten, gestaltete sich die Untersuchung sehr schwierig, schließlich legten die Verhafteten ein volles Geständnis ab. Der letzte der Festgenommenen saß gerade beim Abendessen und stieß sich Kartoffelpuffer prächtig schmecken. Ihm wurde der Appetit gründlich verdorben. Die Verhafteten, die zum Teil selbst Spieler waren, wollen nicht 50—60 000, sondern nur einige Tausend Mark erbeutet haben. Es habe ihnen ganz fern gelegen, jemand zu erschießen. Sie hätten nur die Revolver mitgenommen, und lediglich einen Schreckschuß nach der Decke abgegeben. Sie wären recht erstaunt gewesen über die Mutlosigkeit der Klubmitglieder, die sich ohne Gegenwehr ausplündern ließen. Alles sei mehr ein schlechter Scherz gewesen. Hoffentlich wird das Gericht den jungen Wirrköpfen die schlechten Räuberscherze gründlich austreiben.

Aus Provinz und Reich

Neuer Landrat.

Querfurt, 17 Okt. Als kommissarischer Landrat für den Kreis Querfurt dürfte in der nächsten Zeit, wie das „Querf. Kreisbl." schreibt, Dr. von Krause, der Mitglied der Demokratischen Partei ist, ernannt werden. Dr. v. Krause war vorher als kommissarischer Landrat in Strelno tätig. Sein Vater war der frühere Landtagsabgeordnete und spätere Staatssekretär v. Krause.

Von der Zuckerfabrik.

Zeitz, 20. Okt. Die Zuckerfabrik Zeitz hat vor kurzem die Wintertampagne begonnen und täglich fahren rübenbeladene Wagen in großer Menge in den Fabrikhof hinein. Die neuangeworbenen Arbeiter für diese Kampagne sind in den Gefangenenbaracken bei Grana untergebracht.

Raubmord.

Salzwedel, 15. Okt. Die 63jährige Ehefrau Rainer wurde, wie die Salzwedeler Zeitung berichtet, heute in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Sie war durch Wurfgeschosse in den Kopf getötet worden; ferner hatte ihr der Mörder die Kehle durchschnitten. Es sind 400 Mk. Vorgeld und mehrere Anzüge geraubt. Der Verdacht lenkt sich auf einen Polen.

Vaterländische Feier am Völkerschlachtsdenkmal.

Leipzig, 17. Okt. Eine große vaterländische Feier am Völkerschlachtdenkmal findet im Rahmen des in den Tagen vom 18. bis 20. Oktober in Leipzig zur Abhaltung gelangenden zweiten Parteitages der Deutschen Volkspartei statt. Das Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Geheimrat Prof. D. Kahl, hat die Ansprache übernommen.

Nächtliche Schießereien.

Bennewitz b. Gröbers, 15 Okt. Bei den letzten mondscheinhellen Nächten wurden in den Feldmarken nach Dieskau, Lochau und Döllnitz wiederholt Schießereien wahrgenommen. Da dieselben in Zwischenräumen wiederkehrten, scheint es, daß Wilddiebereien verübt wurden und die Wilderer förmliche Treiben veranstalteten, indem bis zehn Schuß hintereinander losgeknallt worden sind.

Versteckte Waffen.

Einbeck, 15. Oktober. Ein Waffen- und Munitionslager ist in Münthal bei einem Wagenwärter gefunden. Das Lager, das eine große Menge von Gewehren mit Munition und Handgranaten enthielt wurde beschlagnahmt.

Wettervoraussage

Mittwoch, den 22. Oktober. Heiteres, zeitweise liebliches, trockenes, tagsüber mildes Wetter.

Letzte Depeschen

Die erste Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Berlin, 21. Okt. (Eig. Drahtber.) Der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Vorgänge vor und während des Krieges ist heute vormittag nach 10 Uhr in einem Saal im Obergeschoß des Reichstagsgebäudes zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Den Vorsitz führt das Mitglied der deutschnationalen Volkspartei Abg. Warmuth, der von Beruf Landgerichtsdirektor ist; sein Stellvertreter ist der Demokrat und frühere Reichsschatzminister Geßler. Von politischen Persönlichkeiten sieht man den früheren Reichskanzler vom Bethmann Hollweg, der sich körperlich von den Mühen seiner Kanzlerzeit gut erholt zu haben scheint, ferner den früheren Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Helfferich. Am Zeugentisch nimmt der frühere deutsche Botschafter in Washington Graf Bernstorff Platz. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, in der er ausführt, daß der Untersuchungsausschuß nur Tatsachen festzustellen, aber kein Schlußurteil abzugeben habe. Ein solches zu fällen stehe, falls sich Material für eine bestimmte Persönlichkeit ergibt, lediglich dem Staatsgerichtshof zu, sofern ein solcher gebildet werde. Nach der Vereinigung der Sachverständigen Professor Fritz Hoetzsch, Bonn und Schäfer nimmt der Abgeordnete Dr. Sinnsheimer das Wort zu seinem Referat, indem er u. a. sagt: Gegenstand unserer Beratungen ist die sogenannte Friedensaktion Wilsons. Das Referat bezieht sich wesentlich auf die Akten des Auswärtigen Amtes. Der zugrunde liegende Stoff gliedert sich in vier Perioden: 1. vom Kriegsausbruch bis zur Suffexnote im Mai 1916. Zu dieser Zeit ist in den Akten von irgend einer bestimmten Friedensaktion nicht die Rede. Die ergeben im allgemeinen nur zwei Aussagen, die erste von dem ehemaligen Kolonialstaatssekretär Dr. Solf, des Inhalts, daß er eine Unterredung mit Oberst House gehabt hat, und die zweite über eine Mitteilung des ehemaligen Reichskanzlers von Bethmann Hollweg an den Obersten House. Weit bedeutsamer ist die Periode zwischen dem 4. Mai und dem 12. Dezember 1916, in der sich die Vorbereitung zu einer bestimmten Friedensaktion des Präsidenten Wilson entwickelte. Die Hauptfrage ist, in welchem Verhältnis diese Friedensaktion zu der unsrigen vom 12. Dezember steht. Das wesentliche in dem Vermittlungsangebot Wilsons war die Bitte, die konkreten Friedensbedingungen mitzuteilen. Die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann enthielt indessen keinerlei Andeutungen darüber. Gleichzeitig teilte eine neutrale Macht mit, daß eine Friedensaktion Wilsons in Aussicht stehe und äußerst ernst zu nehmen sei. Dieser amtliche Schritt der neutralen Macht war bereits am 18. Dezember in Berlin bekannt. Die am 26. Dezember erteilte Antwort des Staatssekretärs Zimmermann ging dahin, daß er auf die Forderung, konkrete Friedensbedingungen anzugeben, nicht eingehe. Es wird hier amtlich festzustellen sein, welche konkreten Friedensbedingungen der Friedensaktion vom 12. Dezember zugrunde gelegen haben. Graf Bernstorff machte wiederholt den vergeblichen Versuch, die Friedensbedingungen nach Washington zu erhalten. Staatssekretär Zimmermann bat am 27. Januar, die Frage der verlangten Mitteilungen der Friedensbedingungen dilatorisch zu behandeln.

Petersburg jetzt unmittelbar vor dem Fall

Kopenhagen, 21. Okt. (Eig. Drahtber.) Nach heute nacht abgesandten Nachrichten vom russischen Kriegsschauplatz steht General Judenitsch zirka 8 Km. von Petersburg entfernt. Alle nach Petersburg führenden Bahnen sind bereits abgeschnitten, nur die Wologda-Bahn steht den Bolschewisten noch zur Verfügung. Der Fall Petersburgs ist nur noch eine Frage von Stunden. Die russische rote Armee, die an der finnischen Grenze gestanden hat, flüchtet panikartig.

Ein neuer Zufluchtsort der Sowjetregierung.?

Rotterdam, 21. Okt. (Eig. Drahtber.) Die „Times" meldet aus Omsk, daß bolschewistische Kommissare in Jekaterinenburg angekommen sind, um dort Vorbereitungen für einen Aufenthalt der Sowjetregierung zu treffen.

Wieder einmal ein Dementi.

Versailles, 20. Okt. Das Journal meldet, daß die Nachricht, General Mangin sei zum Vorsitzenden der interalliierten Militärmission für Kurland ernannt worden, verfrüht sei. Weder der französische Ministerrat noch der Fünferrat hätten bereits einen Beschluß gefaßt.

Wird endlich ratifiziert?

Paris, 21. Okt. (Eig. Drahtber.) Entgegen den bisherigen Meldungen verlautet, daß die amtliche Niederlegung der Ratifikationsurkunden, durch die der Friedensvertrag in Kraft tritt, in den allernächsten Tagen stattfindet.

Das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen vor dem Abschluß.

Berlin, 21. Okt. (Eig. Drahtber.) Wie wir erfahren, gehen im Gegensatz zu den politischen die wirtschaftlichen Verhandlungen mit der polnischen Friedensmission sehr günstig, so daß mit dem Inkrafttreten eines Wirtschaftsabkommens in allerkürzester Zeit gerechnet werden kann. Namentlich kommt die Einfuhr von Heizölen und Kartoffeln aus Polen im Austausch gegen deutsche Waren in Betracht.

Vor dem Generalstreik in Polen.

Oppeln, 21. Okt. (Eig. Drahtber.) In der letzten Sitzung des Warschauer Exekutivausschusses der polnischen sozialdemokratischen Partei wurde beschlossen, bis zur endgültigen Bewilligung aller Forderungen einen Generalstreik zu proklamieren. Die Parteiführer erklärten, daß der landwirtschaftliche Streik den Anfang der allgemeinen Offensive des organisierten polnischen Proletariats bedeute.

Die Mörder des Geldbriefträgers Schlegel verurteilt.

Halle, 21. Okt. (Eig. Drahtber.) Das Schwurgericht Halle verurteilte gestern den 27jährigen Schneider Karl Henschel und den 21jährigen Schuhmacher Karl Grabowski, beide taubstumm, wegen an dem Geldbriefträger Karl Schlegel am 6. Januar d. J. in Halle begangenen Raubmordes zum Tode und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Beide hatten den Geldbriefträger durch eine an ihre Adresse gerichtete Postanweisung in ihre Wohnung gelockt, ihn dort durch mehrere Schüsse ermordet und die Leiche in einen Sack gehüllt in die Saale geworfen. Sie erbeuteten 3000 Mark. Gemäß dem Gutachten des medizinischen Sachverständigen nahm das Gericht an, daß die Angeklagten das Bewußtsein der Strafbarkeit ihrer Tat hatten; sie waren auch im allgemeinen geständig.

Hilfsarbeiterstreik in den hallischen Buchdruckereien

Halle, 21. Okt. (Eig. Drahtber.) Die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen in den hiesigen Buchdruckereien sind heute morgen in den Ausstand getreten, da die Arbeitgeber ihre Lohnforderungen abgelehnt haben. Demzufolge konnte die „Morgenzeitung" nicht rechtzeitig erscheinen.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191022-13/fragment/page=0003

Altrenommiertes erstklassiges Unternehmen!
Das gesamte Personal ist neu für Merseburg!
Nur 4 Tage!

Zirkus Blumenfeld

Merseburg, Nulandtplatz
Eigene Lichtanlage!
Großer Marstall, Schul- und Freiheitspferde.
Allererstklassiges Künstler-Personal.
Täglich neues abwechselndes Programm.

Donnerstag, den 23. Oktober, abends 1/8 Uhr:
Gala-Eröffnungs-Vorstellung
mit Großstadt-Riesen-Programm.
Es werden besonders hervorgehoben:
Die bestexistierenden Pferde-Dressuren
dressiert und vorgeführt von Fräulein Amalie Lorch.

Die größte Sensation der Gegenwart.
Das telepathische Phänomen
Fräulein Elsa Wörner.
Von ärztl. Autoritäten als Rätsel des 20. Jahrhunderts erklärt.

Überall stürmischer Lacherfolg!
Die urkomischen Spaßmacher und dummen Auguste des Zirkus Blumenfeld.

Die Goldamazone. Frl. Lina Marrder als Schulreiterin vom Zirkus Busch.

Die großartigen Reckturner 4 Gebr. Köhler

Celly u. Norden, die besten Equilibristen auf dem Drahtseil

Das hochkomische musikalische Terzett Familie Pulwers

Die kleinste Artistin Deutschlands d. 7jähr. Betty Blumenfeld

Außerdem das gesamte Riesenprogramm bestehend aus vielen hervorragenden Künstlernamen und Künstlern.

Sonnabend den 25. Oktober:
2 große Vorstellungen 2
nachm. 4 Uhr: Familien- und Kindervorstellung mit eigens für Familien eingerichtet. Programm zu halb. Eintrittspreisen.
Abends 8 Uhr: Elite-Vorstellung m. sensation. Programm, bestehend aus 16 auserwählten Nummern. — In jeder Vorstellung die einzig dastehenden Schul- und Freiheits-Dressuren, sowie Elsa Wörner, die phänomenale Telepathin.
Preise der Plätze: Gallerie M. 1.20; I. Platz 2,40; I. Platz 3,60; Sperrsitz 5,—; Loge 6,20 einschließlich Kartensteuer. Eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung Konzert, sowie gleichzeitig für das Publikum 1 Stunde vor jeder Vorstellung Kassenöffnung.
Billett-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. im Schokoladenhaus Max König Nachfolger, Entenplan 4.

Geschäfts-Uebernahme!

Der geehrten Einwohnerschaft von Merseburg und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich am 1. Oktober 1919 die

Kaiser-Drogerie
Roßmarkt 5 *,* Fernruf 590

von Herrn Reinhold Kietze käuflich erworben habe.

Ich bitte das geehrte Publikum um gütige Unterstützung. Für reelle, fachmännische Bedienung wird bestens Sorge getragen.

Hochachtend
Johannes Marold.
Merseburg, den 20. Oktober 1919.

Tanz-Unterricht.

Meine **Winterzirkel** für die Abendabteilungen beginnen **Ende Oktober.** Ein **Sonderzirkel** für junge Kaufleute, Beamte und dazu gehörende junge Damen beginnt **Anfang November.** — Im Besitz sämtlicher modernen Tänze. — **Privatzirkel, Einzelunterricht** für ältere Personen jederzeit. —
Anmeldungen erbitte baldigst.
C. Ebeling, Schmale Straße 19.

Ackerverkauf.

Mittwoch, den 22 Oktober d. Js. nachm. 4 1/2 Uhr findet im Gasthof zum Deutschen Hof, Laucha-Städterstraße hier, der Verkauf von

ca. 10 1/2 Morgen Acker,

dem Robert Jorke'schen Erben gehörig öffentlich meistbietend statt. Bedingungen im Termin. Bietungskaution 3000 M erforderlich
Albert Franke, beeidigter Auktionator und Taxator.

Deutschnationale Volkspartei, Kreisgruppe Merseburg.

Graf Luckner

der Führer des Seeadler spricht am
Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr im Casino
über: **Abenteuer und Taten des Seeadler.**

Wir laden unsere Mitglieder und deren Angehörige, aber auch alle übrigen Kreise der Bevölkerung hierzu ein.
Auf Wunsch des Vortragenden wird ein Eintrittsgeld von 1 Mk. für Mitglieder, 2 Mk. für Nichtmitglieder erhoben. Der Ertrag wird für die Besatzung des Seeadler verwandt. Karten bei Kaufm. Frahnert, im Parteibureau u. am Saaleingang.

Gebr. Bethmann

Werkstätten für Wohnungskunst
Halle a. d. S.
Große Steinstraße 79-80.
Schlafzimmer jeder Art.

... Rhostikon ...

Bestes Mittel gegen
Gicht, Rheumatismus, Blutarmut, Appetitlosigkeit
und alle Schwächen und Krankheiten des Blutes. Zu haben in der Dom- und Stadtapotheke in Merseburg.

Höchste Gewinnchance!
Große Geld-Lotterie

der allgemeinen Deutschen Pensions-Anstalt
Ziehung am 7. und 8. Nov. 1919
6633 Gew. sämtl. in baarem Gelde.
200 000 Mk.
Hauptgew. **75 000 „**
30 000 „
10 000 „ usw.
Originallos Mk. 3.25 incl. Liste versendet in jeder Anzahl gegen Voreinsendung, oder Nachnahme. Amtliche Ziehungsliste wird jedem Besteller nach Ziehung zugesandt der Haupt-Lose-Vertrieb
E. F. Matthews, Hamburg 21
Sofortige Bestellung erbeten.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen und einzelne Möbel jeder Art
empfiehlt in großer Auswahl
G. Schaible
Möbelfabrik
Halle-S., Gr. Märkerstr. 26 am Ratskeller.

Als Krankenpflegerin und Masseuse empfiehlt sich
Fräulein Ida Seibicke
Unteraltenburg 46.

Günstiges Angebot!
Nichttropfende
hellbrennende
Baum-Kerzen
Postpaket = 18 Kart.
à 12 Stück **81** — M.
Haushalt-Kerzen
Postpaket = 10 Kart.
à 10 Stück **65.**— M.
Rauchfreie u. gefahrlose
Wunder-Kerzen
erstmalig wieder im freien Handel.
Postpaket = 60 Kartons = **25.**— M. Probesendung enthält von jeder Sorte 1 Kart = zusammen **12** — M.
:: geg. Nachn. ::
Eistan-Lametta
100 300 500 Briefe
20.- 19.50 19.- M. p. 100,,
1000 Briefe
18.- M. p. 100,,
H. Br. Pietsch, Lauban
Vertreter überall gesucht.

Neues Schützenhaus. Donnerstag, 23. Oktbr., abds. 8 Uhr:
„Wie die Alten sungen."
(II. Rokoko-Abend im Kostüm des 18. Jahrhunderts.)
Lieselott u. Conrad Berner aus Berlin
Viola d'Amour — Lieder zur Laute — Violine.
Eintrittskarten zu Mk. 3.—, 2— u. 1.— i. d. Zigarrenhdlg Frahnert, kl. Ritterstr. An der Abendkasse erhöhte Preise
Dresden. (Abendpost). Alle Vorträge in solch' künstlerischer Ausführung erzielten durchschlagenden Erfolg.

Kaufmännischer Verein „Saxonia".

Mittwoch, den 22. Oktober 1919
General-Versammlung
1/8 Uhr abends im „Casino".
Der Vorstand.

Kriegs-Anleihen

und andere Wertpapiere kauft und verkauft
Robert Rosenberg, Bankgeschäft,
Halle a. S., Leipziger Straße 76.

Grundstücksverkauf.

Donnerstag, den 23. Oktober d. Js., nachmittags 5 Uhr findet in Schillers Gasthof zu Venenien der Verkauf des dem Herrn Richard Richter zu Venenien gehörigen Hausgrundstücks Nr. 23 in Venenien, öffentlich freihändig unter bekannt zu gebenden Bedingungen statt. Bietungskaution 500 M. erforderlich. Besichtigung Sonntag vormittag gestattet. Im Auftrage des Besitzers:
Albert Franke, Auktionator.

Landwirte!

Gebt
Eure Anzeigen auf bei dem
Eure Interessen vertretenden
Merseburger Tageblatt
(Kreisblatt)
und Ihr werdet Erfolg haben.

Bettnässen

Befreiung garantiert sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft gratis. Versandhaus Wohlfahrt, München 500, Hiltensbergerstr. 6.

Schutzmittel

gegen Ansteckung. Spezialmittel bei Menstruationsbeschwerden, sowie alle andere hygin. Artikel. Verlangen Sie Preisliste gratis
Versand Heyne,
Berlin N 58, Stargarderstr. 82

Prima Sellerie Speisemöhren
Rot- und Wirsing-Kohl
empfiehlt
Trebst, Gärtnerei,
Nordstraße.

Weiss-Fluss
auch veraltete Fälle heilt sicher
Alvitol
ärztlich vielfach erprobt und empfohlen.
Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien.
Proben und Prospekte durch
Max Hahn, G. m. b. H.,
Berlin S.W. 68.

Sanitätsartikel
Artikel für Herren u. Damen, Mutterspritzen, Frauentropfen. Preisl. grat. Diskr. Versand
Sanitätshaus Orient
Dresden. 14 Judenhof 3.

Stadttheater Halle
Dienstag, abds. 7 1/2 Uhr: **Die Hugenotten.**
Mittwoch, abds 7 1/2 Uhr: **Die Katschbahn.**

Frankleben.

In Siebecks Gasthaus findet am
morgigen Mittwoch
eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Herr Redakteur Mieschner über das Thema:
„Gibt es eine Verwirklichung des Kommunismus?"
sprechen wird. Zahlreicher Besuch erbeten. Freie Aussprache.
Liga zum Schutze der deutschen Kultur
(Sektion Halle).

„Angebot"
Speise-Zimmer,
Herren-Zimmer,
Damen-Zimmer,
Schlaf-Zimmer,
Küchen
in einfacher bis ganz reicher Ausführung
ca. 150 Zimmer.
Möbelfabrik
Albert Marlick Nachf.,
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S.,
— Alter Markt 2. —

Junger Mann sucht zum 1. 11. **freundlich möbliertes Zimmer** in Merseburg. Off. erbeten an **Otto Thiele,** Zimmerpolier bei Fa. R. Speer, Leuna-Werke.

Für sofort gut möbl. Wohnung Schlafzimmer
mit Küchenbenutzung gesucht.
Leutnant Meyer
Weißenfelser Straße 58.

Besserer Herr sucht per 1. 11.
möbl. Zimmer
Gefl. Angebote unter M 398 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Comptoirlehrling
für Ostern 1920 gesucht.
C. Günther
Maurermeister, Friedrichstr. 36.

SCHMIDT & SPIEGEL
HALLE A. S.,
Telephon 6212. Telephon 6212.

Zur Herbstbestellung!

Noch prompt lieferbar.

Düngermühlen, Düngerstreuer, Drillmaschinen, Ackerschlichten,
ferner: **Saateggen, Gespannrübenheber, Gabelrübenheber, Kartoffelwaschmaschinen,**
sowie unsere bewährte
Kartoffelschälmaschine „Simplex".

Verantwortliche Redaktion Politik, Oertl. und prov. Teil: Hanns Log, Sport: M. Hochheimer, Anzeigen: H. Balk.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Bals, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191022-13/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 238 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Mittwoch, den 22. Oktober 1919.

Wie England die deutsche Flotte überfallen wollte.

Aus den jetzt in der „Times" veröffentlichten Memoiren des Admirals der englischen Flotte, Lord Fischer, geht klar hervor, daß man an verantwortlicher Stelle in England schon 1908 mit dem Gedanken umging, die deutsche Flotte mitten im Frieden zu überfallen und zu vernichten. So harmlos, wie manche sie hinstellen möchten, ist die englische Politik gegen Deutschland doch nicht gewesen.

Einem an den König gerichteten Schreiben vom 14. März 1908, in dem Admiral Fischer auf die Unvermeidlichkeit des Krieges mit Deutschland und die Bedeutung Rußlands und der Türkei für einen solchen Krieg hinweist, ist folgende charakterische Notiz des Admirals angefügt:

Dieser Brief folgte auf eine lange geheime Unterredung mit Seiner Majestät, in der ich darauf drängte, daß wir die deutsche Flotte a la Nelson „kopenhagen" (d. h. überfallen und vernichten) sollten, und darüber klagte, daß wir weder einen Pitt noch einen Bismarck besäßen, um den Befehl zu geben. Es muß betont werden, daß wir zu diesem Zeitpunkt eine Menge leistungsfähiger U-Boote hatten, Deutschland aber nur drei, ferner, daß wir sieben gefechtsbereite Dreadnoughts hatten, Deutschland aber keinen einzigen. Nachdem dieser mein Vorschlag abgelehnt war, blieb nichts übrig für unseren unvermeidlichen Krieg mit Deutschland, als die Konzentrierung unserer gesamten Flottenstärke im entscheidenden Kriegstheater, in den nördlichen Gewässern. Und es wurde dies so unauffällig durchgeführt, daß erst Admiral Mahan in einem Artikel in dem „Wissenschaftlichen Amerikaner" die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenkte, daß 88 v. H. von Englands Schützen auf Deutschland gerichtet seien."

Nach der Feststellung, daß die englische Flotte 1907 schon viermal so stark war, als die Deutsche, berührt Fisher dann noch einen interessanten Punkt:

Die deutsche Admiralität habe sich 18 Monate mit dem Dreadnought-Problem gequält, ohne etwas zu tun, weil es für sie eine Ausgabe von 250 Millionen Mark bedeutet habe, den Kieler Kanal, sowie alle Häfen und Hafenzugänge zu vertiefen und zu erweitern. „Dann aber war noch ein anderer, nie bekannt gemachter Grund vorhanden. Unsere Schlachtschiffe, die wir groß machen müssen, um ihnen ein für Fahrten über die ganze Welt hinreichendes Kohlenfassungsvermögen zu geben, tauchen zu tief, um nahe an die deutsche Küste oder an die Liegeplätze in deutschen Häfen zu kommen. Aber die deutsche Admiralität ist trotzdem gewungen, 12,5 Millionen Pfund für Baggern auszugeben, um diesen unseren vorhandenen großen Schiffen zu ermöglichen, sie in ihren eigenen Gewässern zu bekämpfen, was sie vorher nicht tun konnten. Es war in der Tat ein machiavelische Einmischung der Vorsehung zu unseren Gunsten, welche die Dreadnought-Entwicklung herbeiführte.

In den berühmten Novembertagen des Jahres 1908, als die großen Stürme im Reichstag gegen Kaiser Wilhelm losbrachen, als der damalige Reichskanzler Fürst Bülow ihn so ziemlich preisgab, war ich mit dem Kaiser bei einem Freunde zusammen. Ich hatte das Gefühl, in Wilhelm II. einen Menschen zu sehen, der mit vor Entsetzen geweiteten Augen zum ersten Male in seinem Leben die Welt so sieht, wie sie wirklich ist. Vielleicht zum ersten Mal in seinem Leben fühlte er ein leises Beben unter den Füßen seines Thrones. Er hat die Lehre zu schnell vergessen. Wäre der überwältigende Eindruck, der durch mehrere Tage vorgeherrscht hat, ein nachhaltiger geblieben, vielleicht hätte es ihn doch bewogen, aus den Wolken, in welche ihn seine Umgebung und sein Volk hinaufgehoben hatten, herunterzusteigen und wieder festen Boden unter den Füßen zu suchen. Und umgekehrt, hätte das deutsche Volk den Kaiser öfters so hart angefaßt wie damals, so hätte es ihn heilen können.

Politische Rundschau

Graf Czernin über Wilhelm II.

Dem Kapitel „Wilhelm II." aus den Memoiren des Grafen Czernin, die die „Voss. Ztg." veröffentlicht, entnehmen wir folgendes:

Ich glaube nicht, erklärt Czernin, daß es einen Regenten gab, der von einem besseren Willen beseelt war, als Kaiser Wilhelm. Er lebte nur in seinem Berufe — so wie er ihn auffaßte — sein ganzes Denken und Trachten kreiste zu dem deutschen Pol. Wenn der gute Wille genügen würde, um Großes zu leisten, so hätte Kaiser Wilhelm Großes leisten müssen. Von Anfang an ward er mißverstanden. Er hielt Reden, tat Aussprüche und machte Gesten, die die Welt gewinnen sollten, und stieß sie oft damit ab. Aber niemals kam er zum Bewußtsein des tatsächlichen Effekts seiner Handlungen, weil er nicht so sehr von seiner Umgebung im engeren Sinne, sondern von dem ganzen deutschen Volke systematisch getäuscht und irregeführt wurde.

Ebert und Noske.

Die „Schlesische Zeitung" schreibt in Nr. 505 vom 11. Oktober: Das bekannte Bild „Ebert und Noske in Badehosen" hatte ein hiesiger Kaufmann kürzlich an einem Fenster seines Geschäftslokals am Ohlau-Ufer 9 befestigt, zugleich mit der Speisekarte eines Festmahls, das dem deutschen Volke 10 801 Mark gekostet hat. Später wurde dort auch noch eine andere, die gegenwärtigen sozialdemokratischen Regierungsgrößen darstellende Karrikatur angebracht. Heute berichtet das die „Volkswacht" und schreibt: „Irgend jemand" habe daneben die Fensterscheibe eingeschlagen und nun klebe dort ein Zettel mit der Aufschrift „Sozialdemokratische Helden- und Kulturtat"; das sei entweder eine Dummheit oder eine Frechheit." — Die „Volkswacht" tut sehr unschuldig. Mit Unrecht. Wie uns nämlich der Geschäftsinhaber mitteilt, ist er am 29. September von der „Volkswacht" telephonisch angerufen worden und zur Entfernung des erstgenannten Bildes und der Speisekarte aufgefordert worden. Danach muß man doch annehmen, daß der Verüber der „Kulturtat" den Kreisen der „Volkswacht" nicht so ganz fern steht.

Verweigerte Rückreise nach Deutschand?

In der Nationalversammlung hat Frhr. v. Richthofen folgende kleine Anfrage an die Regierung gestellt: „Aus den Vereinigten Staaten von Amerika hierher gelangten Privatnachrichten zufolge soll den in den Vereinigten Staaten wohnenden Reichsangehörigen die Einreiseerlaubnis nach Deutschland mit der Begründung verweigert werden, daß die Deutsche Regierung sich diese Rückwanderung mit Hinblick auf die in Deutschland bestehende Lebensmittelknappheit verbeten habe. Eine Notiz gleichen Inhalts soll auch kürzlich durch verschiedene amerikanische Zeitungen gegangen sein. Ist der Reichsregierung hierüber etwas bekannt? Und ist sie in der Lage, diese Nachrichten richtigzustellen?"

Ueberproduktion an Kupfer.

Während des Krieges, wo gewaltige Mengen Kupfer gebraucht wurden, hat man so viel von diesem Metall erzeugt, daß man jetzt noch nicht weiß, wo man damit hin soll. Wie im „Prometheus" ausgeführt wird, leidet Nordamerika an einer Kupferüberproduktion, die von ungünstigem Einfluß auf die Preisgestaltung ist. Während in Deutschland durch die Lohnsteigerungen ein Preis von 700 Mark auf 100 Kg. Kupfer kommt, liefert Amerika diese Kupfermenge für 350 Mk. Die schwedische Regierung mußte den Kupferhandel wieder frei geben, weil sich zu große Kupfervorräte ansammelten, und ein gleicher Ueberfluß herrscht in England. In den Vereinigten Staaten lagern allein 450 000 Tonnen Kupfer, und auch Japan hat große Mengen aufgestapelt, die es gegen Chemikalien an Deutschland und Deutsch-Oesterreich eintauschen will. Seit dem Waffenstillstand sind nur gegen 5 Prozent der Kupfererzeugung verkauft worden.

Verluste der englischen Handelsflotte im Weltkriege.

Amtlich wird in England bekanntgegeben, daß die britische Handelsflotte während des Krieges durch feindliche Maßnahmen 2479 Einheiten von insgesamt 7 759 690 Tonnen verloren hat. 14 287 Mann kamen dabei ums Leben. Die feindlichen Luftstreitkräfte versenkten 4 Schiffe und 675 Fischerfahrzeuge, wobei 434 Mann umkamen. — Diese Zahlen lassen erkennen, daß der U-Bootkrieg doch eine äußerst wirksame Waffe gewesen ist.

Denikins großrussische Pläne.

In Kiew ist ein Aufruf Denikins an die galizischen Ukrainer erschienen, in dem diese aufgefordert werden, sich gegen die Polen zu erheben. Denikin erklärt u. a., daß das Ziel seiner Armee nicht nur sei, die Ukraine Rußland einzuverleiben, sondern auch Ostgalizien, die Bukowina und die ruthenischen Provinzen Tschechiens. Der Aufruf ist voller Schimpfereien gegen die Ukraine und ihre Freiheitsbestrebungen.

Die bolschewistische Welle in Italien.

Der „Avanti" berichtet, daß alle Wahllisten der sozialdemokratischen Parteien für die Kammerwahlen als Symbol das Siegel der russischen Sowjet-Republik tragen. Dieses wird heute schon am Kopfe der Zeitung abgedruckt. Im Textteil der Zeitung steht in großen Lettern: Die Sache der russischen Sowjet-Republik ist die Sache des internationalen Proletariats.

Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Dr. Stresemann über die politische Lage.

Der zweite Parteitag der Deutschen Volkspartei nahm am Sonnabend nach vorausgegangenen Sitzungen des Zentralvorstandes seinen Anfang. Der Führer der Partei Abg. Dr Stresemann, erstattete den Bericht über die politische Lage Der Redner schilderte mit scharfer Kritik die parlamentarischen Kämpfe um die Reichsverfassung. Für die Deutsche Volkspartei sei ihre Ablehnung selbstverständlich gewesen; was sie aber nicht gehindert habe, durch Mitarbeit in den Ausschüssen das Schlimmste zu verhüten.

Stresemann wandte sich dann gegen die jetzige Politik der Mehrheitssozialisten, die zweideutig sei, indem sie in ihr Programm auch weiterhin die Dogmen ihres alten Programms aufnehmen, die sie in ihrer praktischen Regierungstätigkeit tatsächlich gar nicht befolgen können. Gegenüber der sozialdemokratischen Politik müßte das deutsche Bürgertum ohne Unterschied der Partei die Herstellung einer bürgerlichen Mehrheit von Fall zu Fall zur Wahrung ihrer Interessen erstreben

Bei dieser Aufgabe hätte die Demokratische Partei versagt, sie ist nur Nachläuferin der Sozialdemokratie gewesen. Daher werde die Einigung des deutschen Liberalismus in der Wählerschaft zugunsten der Deutschen Volkspartei unter Umgehung der Demokratischen Partei erfolgen. Der Zentrumspartei hielt der Redner vor, daß sie sich bei weitem nicht einmal so national erwiesen habe, wie einst die Sozialdemokratie An der Deutschnationalen Volkspartei hatte Dr. Stresemann auszusetzen, daß ihr infolge ihres Ursprungs aus den verschiedensten Gruppen noch das einheitliche Programm mangelte. Für die kommenden Neuwahlen empfahl der Redner seines Zusammenstehen gegen die heutige Regierungspartei und selbständiges Nebeneinanderarbeiten mit der Deutschnationalen Volkspartei zum Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes und Volkes. Die Reichseinheit sei zu fördern.

Ueber die Tätigkeit des geschäftsführenden Ausschusses der Partei referierte Herr Harnisch: er erwähnte dabei, daß die Deutsche Volkspartei gegenwärtig ½ Million Mitglieder zähle gegen 100 000 nach den Januarwahlen und rund 300 000 der alten Nationalliberalen Partei.

Am gestrigen zweiten Versammlungstag lag der Entwurf der

Grundgesetze der Deutschen Volkspartei

zur Beratung und Beschlußfassung vor. Sie wurden, was gleich vorausgeschickt sei, einstimmig angenommen. Professor Kohl behandelte den Teil der Programms der sich auf das Staatswesen bezieht Als Staatsreform wünscht die Deutsche Volkspartei

Ein seltsames Mädel.

Roman von Fritz Skowronnek.

6] (Nachdruck verboten.)

„Ja, Vater. Für Deine Kinder. Ich aber kann nichts dafür, daß ich kein Junge bin. Mich hat niemand gefragt, ob ich überhaupt und als was ich auf die Welt kommen wollte, und da darf mir keiner einen Vorwurf draus machen."

„Wer macht Dir ihn denn, Du dummes Jöhr, Du?" rief er da aus, und sein Zorn schien ihn wieder übermannen zu wollen. „Wenn Dir einer was vorwirft, so ist es nur das, daß Du im Hause ein ganz unnützes Ding bist."

„Das werde ich im Hause immer sein, Vater. Wenn ich aber fertig gelernt haben werde, dann werde ich auch aufgehört haben, unnütz zu sein, wie Du's nennst, und vielleicht wirst auch Du es dann einsehen."

Der Erfolg der Unterredung aber war der, daß Peter Warren, brummend zwar, aber doch seine Einwilligung erklärte, „einen Teil" der Kosten zu tragen, vorausgesetzt, daß sie nicht hoch sind. Und so hatte denn Ilse selber den Sieg über den Vater davongetragen. Verriet aber mit keiner Miene ihren Triumph, ja, es schien beinahe, als ob das ganze einschneidende Lebensereignis keinen besonderen Eindruck auf sie machte.

Erst als der Augenblick des Abschiedes von ihrer Mutter kam, brach sich ihre Erregung Bahn. Sie wurde totenbleich und fing, wie von einem Fieberschauer geschüttelt, am ganzen Leibe zu zittern an. So legte sie ihre langen, braunen, sonnenverbrannten Hände auf ihrer Mutter Schultern, der sie schon längst über den Kopf gewachsen war, und ihr mit einem Ausdrucke innigster Liebe in die Augen sehend, sagte sie:

„Ich möchte Dir nur eins sagen, Muttting, Du weißt, ich bin bald erwachsen. Ich werde bald sechzehn sein, und ich verstehe mich auf das Leben, Mutter, und wenn ich weggehe, so geschieht es, um Dir Ehre zu machen. Ich werde nichts tun und nichts werden, ohne an Dich zu denken und ganz in Deinem Sinne handeln. So, als ob Du bei mir wärst. Und Du wirst ja bei mir sein, wenn Du auch hier bist. In jedem Falle aber werde ich mein Leben um Deinetwillen zu einem erfolgreichen machen."

„O, auch um Vaters willen", sagte Helene, und die Tränen flossen ihr aus den Augen. „Er war doch in der Sache auch gut zu Dir. Er will ja auch Opfer bringen und — wir dürfen nicht ungerecht sein, sie werden ihm schwer, weil er nicht an uns glaubt, weil er über die Bestimmung der Frau anders, altväterischer denkt, als wir. Also gehe hin, mein Kind, und sage ihm ein paar dankbare, freundliche Worte."

Sie ging und dankte ihm und sagte ein paar Worte. Als er ihr aber einen Kuß geben wollte, wich sie zurück.

„Laß das, Vater, ich bitte Dich", sagte sie. „Gib Mietze die Küsse, sie ist daran gewöhnt und gibt sie so leicht wieder zurück. Ich kann das nicht. Sei mir nicht böse, Vater, aber — meine Küsse sind alle für Muttchen. Die Hand aber, Vater, die kannst Du mir geben, und ich gebe sie dir darauf, daß Du über mich und Mutting noch anders denken wirst, als Du jetzt denkst."

Das war die erste Wunde, die Peter Warren erhielt. Und sie ging tiefer als er es ahnte, tiefer, als er sich's selbst eingestehen wollte.

„Meine Küsse sind alle für Muttchen!"

Ja, ja, das hatte er ja mit seiner lieblosen Art jetzt erreicht. „Alle für Muttchen!" Und er dachte öfter daran, als ihm lieb war. Und mehr als ihm lieb war mußte er auch an Mietze denken. Denn die — die war siebzehn geworden, und in ihr achzehntes Jahr, als Ilse das Vaterhaus verließ, um in Frankfurt zu lernen.

Sie war noch schöner und lieber geworden, als man erwartet hatte. Aber auch koketter, eitler und nichtiger, als es den Eltern recht und lieb sein konnte. — Junge Leute begannen das Gut Peter Warrens und seine landwirtschaftlichen Musterbestrebungen für außerordentlich lehrreich und interessant zu finden, ein Umstand, der Peter Warren ein Lächeln abzwang. Aber nicht jeder der jungen Leute fand willige Aufnahme in Peter Warrens Hause, und jeder, den dieser für nicht passend für seine Tochter hielt, wurde auf höfliche, aber nicht mißzuverstehender Weise ferngehalten. Mietze aber war in ihrer Art eine Schwester, und da die verbotenen Früchte immer die süßesten sind, so verschenkte sie ihr junges Herz gerade an einen von denen, die nach ihres Vaters Urteil zu den Unerwünschten gehörten. — Nun hatte Frau Dr. Warren in Berlin Mietze eingeladen, zu ihr zu kommen und ein paar Wochen mit ihr in ihrer Villa in Wannsee zu verleben. Frau Dr. Warren war aber eine sehr liebe Person, und Helene Warren hatte natürlich ebensowenig etwas dagegen, ihr Mietze anzuvertrauen, wie Peter Warren daran dachte, etwas dagegen zu sagen. Mietze aber war vor Freuden ganz außer sich. Sie peckte und packte und ihre Mutter schlug die Hände über dem Kopfe zusammen: „Mein Gott, Kind, für die paar Wochen kannst Du doch nicht Deine ganzen Sachen mitnehmen! Die reichen ja für ein Jahr!"

„Ach laß mich doch, Muttchen, ich muß mich doch sehen lassen können, nicht wahr? Und in Berlin braucht man so viel. Da wird man so darauf angesehen und auf das, was man hat" und da auch Peter Warren sagte: „na, laß ihr doch die Freude", so fuhr Mietze mit so viel Koffern und Handtaschen ab, daß sie eine Theaterprinzessin beinahe damit hätte beschämen können. Als sie aber auf dem Bahnsteig standen und Mietze ihrem Vater um den Hals fiel und ihn abküßte, als ob es einen Abschied fürs Leben gelte und auch von ihrer Mutter herzlichen, beinahe innigen Abschied nahm, da griff Peter Warren in seine Tasche und zog ein paar Goldstücke heraus. „Da hast Du, Mädel. Du wirst ganz schön etwas Geld brauchen. Berlin ist ein verdammt teures Pflaster, und ich weiß ja doch, wie ihr seid. Wenn ihr etwas seht, müßt ihr's auch haben. So, und da hast Du noch zwei blaue Lappen. Laß nur, laß nur, Du bist die einzige, für die man was ausgeben kann."

„Nicht doch, Vater. Ich wünsche sehr, daß Du auch Ilsen etwas schicktest. Sie braucht wirklich etwas für ihre Bücher und Kleider."

„Das hätte sie auch alles, wenn sie hier geblieben und so wie Du, ein Trost unseres Hauses geworden wäre," sagte er. Und gerade da hieß es „einsteigen!", und die Türen wurden zugeschlagen und der Zug setzte sich in Bewegung. — Auf Wiedersehen! Auf Wiedersehen!"

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191022-13/fragment/page=0005

den Einheitsstaat mit weitgehender Selbstverwaltung und Sicherung der Eigenart der geschichtlich, kulturell und wirtschaftlich zusammenhängenden Landschaften. Einer Zertrümmerung Preußens werde sie sich widersetzen. Sie erstrebt die Wiederaufrichtung des Volksstaates, und zwar auf gesetzmäßigem Wege durch freie Entschließung des Volkes. Eine Wiederherstellung der monarchischen Kleinstaaten ist durch die bedeutsamste Entwickelung zum Einheitsstaat nicht möglich. Ueber wirtschaftliche Fragen insbesondere über die Arbeitsgemeinschaft sprach Generaldirektor Dr. Bögler. Die Deutsche Volkspartei verwirft die Sozialisierung der deutschen Wirtschaft. Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Forderungen der einzelnen Berufsgruppen ist auf dem Wege gütlicher oder schiedsgerichtlicher Einigung herbeizuführen. Die Arbeiter und Angestellten verlangen an der Regelung der Wirtschafts- und Sozialpolitik mitzuwirken. Dies soll durch eine aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebildete Arbeitsgemeinschaft erreicht werden. Nach ihm sprach der Abgeordnete Leidig über die Stellung der Partei zur Landwirtschaft, zum Handwerk, Kleinhandel und Gewerbe und über eine Anzahl wirtschaftlicher Fragen, die alle in dem Parteiprogramm eine eingehende Behandlung erfahren. Die Ausführungen des letzten Redners, Gymnasialdirektors Dr. Bölitz, hatte die Schule und Kirche zum Gegenstand. Die Deutsche Volkspartei fordert die nationale Einheitsschule, um die Tüchtigen, ohne Unterschied des Standes oder Besitzes für den Staat zu gewinnen. In den Schulen soll der Geist der Freiheit und Arbeitsfreudigkeit gefördert werden. Lehrern und Eltern soll ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Hinsichtlich der Religion und Kirche beabsichtet die Deutsche Volkspartei weitgehende Toleranz. Sie steht im Christentum die Grundpfeiler deutscher Kultur und deutschen Volkslebens.

Deutsche Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung fand die zweite Beratung des Haushalts:

Reichsarbeitsministerium

auf der Tagesordnung.

Abg. Winnefeld (D. Vpt.) tritt für baldigste Schaffung eines Arbeiterrechts ein. Die Gewerbekrankheit muß als Unfall angesehen werden. Die Arbeitslosenunterstützung wird noch immer an Leute gezahlt, die die ihnen zugewiesene Arbeit nicht tun oder wiederniederlegen.

Abg. Schnieder-Sachsen (Dem.): Die Angestelltenversicherung darf nicht mit der Arbeiterversicherung verschmolzen werden. Das könnte nur zum Schaden der Angestellten ausschlagen.

Zum Titel

Förderung des Arbeitsnachweiswesens

liegt ein Antrag Scheidemann vor, die eingestellten 600 000 Mk. auf 1 600 000 Mk. zu erhöhen.

Abg. Sachse (Soz.) fordert Neugestaltung des Arbeitsnachweiswesens im Bergbau und begründete den Antrag. Dem Abg. Bolz (Ztr.), der den Antrag für nicht genügend begründet hält, stimmen die Abgg. Pick (Dem.) und Zubeil (U. S.) zu. Abg. Schneider-Sachsen (Dem.): Im Arbeitsnachweiswesen darf nicht schematisiert werden. Die Bezirksarbeitsnachweise müssen nach wirtschaftlichen Gebieten abgegrenzt werden.

Der Antrag Scheidemann wird angenommen.

Abg. Geischani (Dem.) tritt für

unparteiische Zusammensetzung der Schlichtungsausschüsse

ein.

Abg. Frau Behm (Dn.): Die Einbeziehung der Heimarbeiter in das Betriebsrätegesetz ist freudigst zu begrüßen. Viele Tausende von Heimarbeiterinnen wollen arbeiten und nicht Arbeitslosenunterstützung beziehen, aber nicht in der Fabrik arbeiten. Auch wegen der Jugendpflege ist zu wünschen, daß die Heimarbeiterinnen bei ihren Kindern bleiben. Natürlich muß

die Heimarbeit reformiert werden.

Der Achtstundentag darf nicht gefährdet, die Löhne dürfen nicht gedrückt werden. Die Kräfte der Heimerwerbslosen können in der Heimarbeit ausgenutzt werden. Es wird Zeit, daß das Heimarbeitergesetz in Kraft tritt. Die Fachausschüsse müssen Lohnämter werden. Die Regierungsstellen müssen Aufträge an Heimarbeiterorganisationen geben. (Beifall rechts).

Abg. Frau Wolfe (Soz.) wünscht bei dem Kapitel Arbeitslosenfürsorge Beschleunigung der Notstandsarbeiten und Erhöhung der Sätze für weibliche Arbeitslose.

Damit ist der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums erledigt.

Es folgt die Beratung des Haushalts des Reichsschatzministeriums.

Abg. Stücklen (Soz.) berichtet über die Ausschußverhandlungen.

Weiterberatung Dienstag.

Aus Stadt und Umgebung

Rokoko-Liederabend.

Liesel und Conrad Werner werden einen ihrer künstlerisch hoch unterhaltsamen Abende veranstalten und Lieder und Weisen der Rokokozeit im Vortrag bringen, darunter Werke von Mozart, Milandre, Martini, Gossec, Gluck und Paganini; entzückende Dokumente einer feinempfindenden und poesievollen Zeit.

Die Viola d'amour, welche Gustav Falke als „holde Königin der Geigen" besingt, ist von unglaublicher Vielseitigkeit, mit ihrem sanften Cello- und weichen Geigenton, mit ihren Flöten- und Harfenklängen, oft ein ganzes Orchester vortäuschend. Sie ist infolge ihrer äußerst komplizierten Spielweise heute leider durch ihre einfacheren Schwesterinstrumente verdrängt, ohne von ihnen annähernd ersetzt zu werden. Besonders überraschen die Flageoletts, die z. B. im Weihnachtswiegenlied silberhelle Weihnachtsglöckchen vortäuschen. Reizvoll ist auch die Wirkung des Instrumentes zu Gesang und Laute, sowohl in ernsten Liedern, wie auch in idyllischen, ja im Lied vom verliebten Müller, wo sie das Klappern der Mühle illustriert, oder im Spielmann vor der Himmelsstir zum Tanz aufspielt.

Von den zur Verwendung kommenden wundervollen alten Instrumenten ist die Violine, erbaut von Petrus Guarnius, das wertvollste, das in Bezug auf seinen unerreicht weichen, singenden Ton seinesgleichen sucht. — Auf besonderen Wunsch kommen aus dem Alt-Flämischen „Ich kenn' ein Lied" und das „Lied vom Schmied" zum Vortrag, letzteres äußerst charakteristisch durch eine hämmernde Schmiedebegleitung, ersteres ein tiefempfindungsvolles Lied von überwältigender Schönheit. Eine reizvolle Ueberraschung bildet ein Rokoko-Tanzliedchen, das meist da capo verlangt wird.

Zur Erhöhung des Gesamteindrucks tragen die reizenden Rokoko-Kostüme wesentlich bei, und verhelfen mit einen entzückend stimmungsvollen Abend zu schaffen, dessen Besuch nicht genug empfohlen werden kann.

Verteilungsweise Kreisschulaufsicht.

Die verteilungsweise Verwaltung der Kreisschulaufsichtsbezirke in Freyburg ist dem Rektor Steinbrecht daselbst, in Herzberg dem Rektor Lesche, in Mücheln dem Hauptlehrer Meith, in Pretzsch dem Rektor Schröder in Annaburg, in Querfurt I dem Rektor Schlitter, in Querfurt II dem Rektor Sander, in Nebra und in Schlieben dem Hauptlehrer Ehricke daselbst übertragen worden.

Schonzeit für Rehkälber.

Der Bezirksausschuß hat beschlossen, die Schonzeit für Rehkälber auf das ganze Jahr und auf alle Reviere des Bezirks auszudehnen.

Das Baugewerbe gegen das Betriebsrätegesetz.

Der Bezirks-Arbeitgeber-Verband und der Bezirks-Wirtschaftsverband für das Baugewerbe und verwandte Berufe für die Provinz Sachsen und Anhalt e. V., Sitz Halle a. S., haben auf ihrer kürzlich in Dessau stattgehabten Generalversammlung eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt:

„Das Baugewerbe erhebt gegen den Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte als Ausnahmegesetz gegen das Unternehmertum entschiedenen Widerspruch. Den Arbeitnehmern sollen hier Befugnisse übertragen werden, die unter voller Verantwortung nur eine Persönlichkeit auszuüben vermag, die mit ihrer ganzen Existenz auf Gedeih und Verderb an den Betrieb gekettet ist. Im Baugewerbe mit seinem von Baustelle zu Baustelle stets wechselnden Arbeiterstand fehlt den Betriebsräten nicht nur die Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge des Betriebes, vor allem auch das Interesse an diesem Gedeihen. Die geplante weitreichende Mitbestimmung des Betriebsrates bei Einstellungen und Entlassungen, ist unvereinbar mit der gesetzlichen Haftpflicht des Unternehmers für die technische Güte des Bauwerks und die Sicherheit der Konstruktion, für Leben und Gesundheit der Arbeiter selbst. Mit Sicherheit ist vorauszusehen, daß die einzelnen Baustellen bei der zufälligen Zusammensetzung der Arbeiterschaft zum Tummelplatz unverantwortlicher Agitation werden. Dadurch wird eine dauernde Beunruhigung in die Baubetriebe getragen, die Arbeitsleistung sinkt, das Bauen wird immer teurer und immer mehr eingeschränkt werden. Die den Betriebsräten zugedachten wirtschaftlichen Befugnisse machen eine erfolgreiche Leitung des Betriebes unmöglich und müssen deshalb zum Untergang der Industrie führen."

Keine Ausfuhrbewilligungen für Kleesaat.

Infolge stürmischer Nachfrage nach Rotklee aus Schweden und Dänemark ist der Preis hierfür in der letzten Zeit sprungweise in die Höhe gegangen. Der Leidtragende ist die deutsche Landwirtschaft und weiter der deutsche Verbraucher. Denn bei dem niedrigen Stande unserer Valuta könnte das Ausland jeden Preis bezahlen und würde gegenüber dem inländischen Abnehmer noch immer außerordentlich billig kaufen. Es darf hierbei aber nicht übersehen werden, daß der Ausfuhrverbot für Rotklee inländischer Ernte besteht! Im Interesse der Versorgung der heimischen Landwirtschaft mit guter Kleesaat sind Ausfuhrbewilligungen wieder jetzt noch im kommenden Frühjahr zu erwarten. Vor dem Abschluß von Ausfuhrgeschäften mit Rotklee muß daher dringend gewarnt werden.

Ausbau der Hafenanlagen in Magdeburg.

Magdeburg, 20. Okt. Die Stadt plant die umfangreichen Kanalanlagen nördlich der Königsbrücke an der Elbe hochwasserfrei zu gestalten, um sie dem Umschlagverkehr dienlich zu machen. Auch die technischen Einrichtungen des Handelshafens sollen ausgebaut werden. Hier ist u. a. ein großer Getreidespeicher geplant.

Verbot der Feuerung von Rohteer.

Aus dem Steinkohlenteer, der bei der Verkokung der Kohle auf Koks und in den Gasanstalten anfällt, wird bekanntlich eine Reihe von hochwertigen Erzeugnissen gewonnen, von denen nur Benzol, Teerdieselkreiöl, Teerheizöl, Naphthalin usw. genannt sein mögen, und andere Erzeugnisse, die mit den schon genannten die Ausgangsprodukte für die meisten, von den chemischen Industrien verarbeiteten hochwertigen Erzeugnisse sind. Auch das Pech, das als Bindemittel bei der Herstellung von Steinkohlenbriketts unbedingt erforderlich ist, wird auf diese Weise gewonnen. Infolge der Kohlennot wird immer mehr dazu übergegangen, Rohteer zu feuern, anstatt diesen den Teerdestillationen zuzuführen, die die genannten hochwertigen Erzeugnisse aus ihm erst herausziehen, bevor die Rückstände zum Verfeuern, Straßenteeren, Dachpappenanstrich usw. dienen können. Diese Verfeuerung von Rohteer hat einen solchen Umfang angenommen, daß die Teerdestillationen zum Stillstand zu kommen drohen und infolgedessen außerordentlich wichtige Grundstoffe, namentlich für die chemische Industrie, nicht mehr hergestellt werden können.

Das Reichswirtschaftsministerium hat sich infolgedessen veranlaßt gesehen, durch eine Verordnung die Verfeuerung von Rohteer und die Verwendung zu anderen Zwecken als zur Weiterverarbeitung in Teerdestillationen zu verbieten und unter Strafe zu stellen. Ausnahmen können auf Antrag vom Reichswirtschaftsministerium zugelassen werden. Die Verordnung ist mit der Verkündigung in Kraft getreten.

Volkswirtschaft — Handel — Verkehr.

Kapitalserhöhungen und Anilin-Konzern.

Sämtliche Gesellschaften des Anilin-Konzerns nehmen starke Kapitalserhöhungen vor durch Verdoppelung ihrer Aktienkapitalien und durch Ausgabe von Vorzugsaktien. Letztere erhalten doppeltes Stimmrecht, werden mit 25 Prozent eingezahlt und von den Gesellschaften gegenseitig übernommen. Die Erhöhung des Stammkapitals macht insgesamt etwa 345 Mill. Mark aus. An Vorzugsaktien werden zusammen rund 300 Millionen Mark ausgegeben, so daß das Gesamtkapital der Gesellschaften des Anilin-Konzerns auf 1221 Millionen Mark anwächst.

Bedingt wird die neue Kapitalsbeschaffung durch den Ausbau der Stickstoffanlagen der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Oppau und Merseburg, die auf eine jährliche Produktionsfähigkeit von 300 000 To. Stickstoff gebracht werden sollen. Da sich an der Kapitalsbeschaffung sämtliche Gesellschaften des Konzerns beteiligen, werden die bisher in den Interessengemeinschaft noch verbundenen Sondergebiete mit Wirkung vom 1. Januar 1919 aufgehoben. Die neuen Stammaktien, die vom 1. Januar 1920 dividendenberechtigt sind, werden den alten Aktionären zu 107 Proz. zum Bezuge angeboten.

Friedrich Schultze, Bankhaus, Merseburg, gegründet 1862.

Fernsprecher 64. Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Leipzig 4727.

Ausführung aller ins Bankfach schlagenden Geschäfte. Eröffnung laufender Bankkonten zur Unterstützung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Scheck-Formulare stehen an meine Kassen zur Verfügung.

Bekanntmachung

betreffend in Deutschland zurückgebliebene Kriegs- und Zivilgefangene der Entente-Staaten.

Nach Artikel 222 des Friedensvertrages ist die Deutsche Regierung verpflichtet, gegen alle deutschen Beamten oder Privatpersonen vorzugehen, die etwa die Anwesenheit von Angehörigen einer alliierten oder associierten Macht verheimlicht oder es schuldhaft unterlassen haben, sie nach erlangter Kenntnis anzuzeigen. Zu diesen Mächten gehören:

Vereinigte Staaten von Amerika, Britisches Reich, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Bolivien, Brasilien, China, Kuba, Ecuador, Griechenland, Guatemala, Haiti, Hedschas, Honduras, Liberia, Nicaragua, Panama, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, Serbien, Kroatien, Slavonien, Siam, Tschecho-Slowakei und Uruguay.

Wer ehemalige Kriegs- oder Zivilgefangene, die ihrer Staatsangehörigkeit nach zu einem der vorstehend angeführten Länder gehören, beschäftigt oder beherbergt, oder von dem Aufenthalt solcher an anderen Stellen oder Orten irgend welche Kenntnis hat, wird hiermit aufgefordert, die betreff. Personen unverzüglich, spätestens zum 5. November d. Js., der zuständigen Behörde (Landratsamt, Orts- oder Polizeibehörde) oder unmittelbar dem Abwicklungsamt des früheren IV. Armeekorps, Abteilung IIb Gef., Magdeburg, namhaft zu machen.

Zum Zwecke der Aufstellung einer einheitlichen Liste ist möglichst genaue Namensangabe sowie Angabe der Staatsangehörigkeit, des Aufenthaltsortes und des Grundes des Verbleibens der betreffenden Personen in Deutschland erforderlich.

Magdeburg, den 20. Oktober 1919.

Abwicklungsamt des früheren IV. A. K.
J. V.: von Einem, Hauptmann.

Auf Grund der letztwilligen Anordnung des Königlichen Lotterie-Einnehmers Hermann Schröder gelangen im November d. Js. aus den Einkünften seines der Stadtgemeinde Merseburg vermachten Nachlasses 600 M an bedürftige Einwohner der Stadt, denen keine öffentliche Unterstützung zu gewähren ist, zur Beschaffung von Feuerungsmaterial zur Verteilung.

Meldungen werden vom 25. Oktober bis einschließlich 1. November d. Js. Rathaus, eine Treppe, Zimmer Nr. 10, vormittags entgegengenommen.

Merseburg, den 20. Oktober 1919.

IV. 2289/19. **Der Magistrat.**

Freiwillige Auktion.

Donnerstag, d. 23. Okt. d. J. von mittag 12 Uhr an findet im Grundstück Nr. 36 zu Neumark der Verkauf folgender Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung statt und zwar:
1 Milchziege, 2 junge Ziegen, 1 Handwagen, 4 große Leitern, 1 Gartenwalze, 1 Dezimalwage, 1 Tafelwage, 1 Schuttkarre, 5 Bettstellen, 1 Kinderbettstelle, mehrere Kaninchenwohnungen, sowie verschied. Handwerkszeug u. noch verschiedene Haus- und Wirtschaftsgeräte. Besichtigung von 11 Uhr an.

Im Auftrage des Besitzers:
Albert Franke, Auktionator.

Kaufe und pachte jeden Posten Korbweiden.

Offerten sind zu richten an Korbmacherei **Richard Schneider,** Oebles-Schlechtewitz. Telefon: Dürrenberg 61.

Für den Transport von **30 Zentner Frachtgut** von Leipzig nach Merseburg wird Gelegenheit gesucht.
C. Günther Maurermeister, Friedrichstr. 36.

Wollen Sie

etwas verkaufen, kaufen oder tauschen, suchen Sie eine Stelle oder Angestellte, haben Sie etwas anzugreifen oder bekannt zu machen, suchen Sie eine Wohnung oder haben Sie eine zu vermieten, so zeigen Sie es im Merseburger Tageblatt (Kreisblatt) an und Sie werden

Erfolg haben.

Bettnässen
Befreiung sofort. Altar und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst.
Sanis Versand München 138 a

Neueste Oktober-Eisenbahn-Fahrpläne
zum Aushängen sind zum Preise von 50 Pf. zu haben in der Exped. dieses Blattes.

Achtung!
Einen angekörten, 6 Monate alten
Ziegenbock
Saanenschlag, Farbe weiß, hat abzugeben
Herm. Haring, Schäfer, Niederwünsch.

Einige Fuhren gut. Pferdedünger
zu verkaufen. W. Naumdorf, Merseburg, Obere Breitestr. 4.

Ein paar guterhaltene **Damenstiefel Nr. 39** zu kaufen gesucht.
Breitestraße 7, Eurtere rechts.

Die Räudekrankheit unter den Pferdebeständen des Gutsbesitzers Winter und Rosenheim in Micktitz ist erloschen.
Röcken, den 20. Oktbr. 1919.
Der Amtsvorsteher.
B.-Nr. 1056. Burckhardt.

H. Schnee Nachfl.
Erstklassiges Spezialgeschäft für Strumpfwaren u. Trikotagen
Halle a. S., Gr. Steinstr. 84.

Lebensmittel

vom 27. Oktober bis 2. November 1919 auf den Haushalt:

1 Dose Fleischkonserven auf Bezugschein 91 und zwar an die Inhaber der Lebensmittelhefte Nr. 5 900—7 850 1 Dose Rotlieberwurst zu 3.10 M, Nr. 8 301—9 700 1 Dose Kornedbeef zu 6.75 M.

Abgabe der Bezugscheine am Mittwoch, den 22. Oktober 1919 und Donnerstag, den 23. Oktober d. Js.

Einreichung der Forderungsnachweise wie üblich.

Verkauf vorher und nachher Sonnabend. Verkauf vorher verboten.

Merseburg, den 21. Oktober 1919.

L.-A. II. 3078/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191022-13/fragment/page=0006